

AUSGABE 2/2016

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE MAGAZIN



Übersicht »



1 Berlin Entscheidungsträger aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor kamen auf einer vom deutschen OSZE-Vorsitz veranstalteten Konferenz zum Thema Konnektivität zu einem Brainstorming über die Frage zusammen, wie Wirtschaft und Politik im OSZE-Raum für mehr Stabilität und Wohlstand sorgen können. Seite 4

2 Den Haag Vor zwanzig Jahren gab der erste Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, Max van der Stoep, seine Empfehlungen ab, wie Bildung für nationale Minderheiten organisiert werden kann; Experten erläutern, weshalb sie noch immer wichtig sind. Seite 23

3 Kosovo Serbisch-orthodoxe und albanische Kulturerbestätten waren während des Krieges Zielscheibe von durch Hass motivierten Anschlägen – heute ist ihr Schutz wesentlicher Bestandteil einer dauerhaften Friedenskonsolidierung. Seite 20

4 Bischkek In Kirgisistan gibt es eine einzigartige Bildungseinrichtung der OSZE, die OSZE-Akademie in Bischkek; dieses Jahr bewarben sich mehr Studierende als je zuvor um einen Studienplatz für den MA-Lehrgang. Seite 31

Inhalt » Ausgabe 2, 2016

4 SICHERHEITSGEMEINSCHAFT

Eine OSZE Konferenz über Konnektivität

Den Stromfluss sicherstellen

10 INTERVIEW

Bekämpfung sexueller Gewalt in Konflikten: Interview mit Baroness Joyce Anelay

12 SONDERTHEMA: KULTURERBE UND SICHERHEIT

Wie uns der illegale Handel mit Kunstgegenständen und Artefakten unserer wertvollsten Schätze beraubt

Warum archäologische Stätten Tatorte sind

Geschichte unter dem Meeresspiegel bewahren

Schutz des kulturellen Erbes im Kosovo: Bausteine für den Frieden

23 IM BRENNPUNKT: 20 JAHRE HAAGER EMPFEHLUNGEN

Bildung ist der Raum, in dem Identitäten ausgehandelt werden

Wie kann Geschichtsunterricht die Welt von heute verändern?

29 AUS DEM FELD

Die Mission in Serbien: Inklusion der Roma im Bildungsbereich

31 OSZE INTERN

Die OSZE-Akademie in Bischkek

WAS MEINEN SIE?

34 AUSLESE

Sicherheitsgemeinschaft

Herausgegeben vom OSZE Sekretariat
Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 51436 6267
oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und Russisch, online in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch unter www.osce.org/magazine

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion

Ursula Froese

Redaktionsleitung

Miroslava Beham, Paul Bekkers, Ursula Froese, Marcel Peško, Natascha Rajakovic, Sandra Sacchetti, Desirée Schweitzer

Gestaltung und Illustration

Alexandar Rakocevic

Druck

Ueberreuter Print GmbH
Schriftarten: LeMonde Journal, Akkurat

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen der OSZE. Für veröffentlichte Beiträge wird kein Honorar bezahlt. Schreiben Sie bitte an: oscemagazine@osce.org. Die OSZE dankt allen Autoren und Künstlern für ihre Beiträge.

Titelbild

Kopf eines Terrakotta- (Ton-) Idols aus dem 2. Jh. v. Chr., einen hellenistischen Herrscher von Baktrien darstellend, aus dem Archäologischen Nationalmuseum Tadschikistans in Duschanbe. Illegaler Handel mit Kunstwerken und Altertümern beraubt uns unserer wertvollsten Schätze. Sonderthema Seite 12. (Foto: Konstantinos Orfeas Sotiriou)



Lesen Sie Security Community online:
www.osce.org/magazine

Folgen Sie uns auf Social Media:



Twitter: @osce; @osce_ru



Facebook: osce.org



Instagram: osceorg



Foto: OSZE/Ursula Froese

Eine OSZE Konferenz über Konnektivität

von Ursula Froese

Was der Begriff „Konnektivität“ im IKT-Bereich bedeutet, ist klar: er beschreibt, wie gut Softwarekomponenten im Verbund mit anderen arbeiten. In der Politik ist der Begriff noch nicht klar definiert und lässt Raum für Gestaltung. Genau das, was man braucht, wenn man Impulse für eine neue Agenda, für eine Neuorientierung setzen möchte. Bei der vom deutschen OSZE-Vorsitz im Mai in Berlin veranstalteten Konferenz Connectivity for Commerce and Investment stand der Begriff für einen neuen Ansatz der wirtschaftlichen und politischen Vernetzung auf internationaler Ebene.

„Sie alle sind nach Berlin gereist“, so der Amtierende OSZE-Vorsitzende und deutsche Außenminister Franz-Walter Steinmeier in seiner Eröffnungsrede, „um sich hier mit uns auf ein Experiment einzulassen: ein Experiment, weil wir über politische Visionen sprechen wollen – und das in Zeiten schwerer politischer Verwerfungen. Ein Experiment, weil wir über konkrete Zusammenarbeit sprechen wollen – und das in Zeiten, in denen gewaltsame Konflikte in unserem gemeinsamen Raum fast täglich Menschenleben fordern; und ein Experiment, weil wir über wirtschaftliche Praxis sprechen wollen – in einer Zeit, in der viele glauben, dass sich unsere Visionen für einen gemeinsamen Raum von Sicherheit und Stabilität zerschlagen haben.“

An die 1 000 geladene Delegierte hatten sich zur Eröffnung der Konferenz im Plenarsaal des Auswärtigen Amtes am 18. Mai eingefunden. Hochrangige Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik, Experten und Diplomaten aus dem ganzen OSZE-Raum und darüber hinaus waren aus Nordamerika, Westeuropa, Russland, dem Balkan, dem Kaukasus, Zentralasien, der Mongolei, dem Mittelmeerraum und Südostasien, einschließlich aus China, angereist.

Die Idee, Wirtschaft und Politik zusammenzubringen, ist in der OSZE nicht neu. Bereits in der Schlussakte von Helsinki von 1975, dem Grundlagendokument der Organisation, wurde dem Handel eine bedeutende Rolle eingeräumt. Nach dem Ende des Kalten Kriegs wurden Wirtschaftsvertreter aus Ost und West zum ersten jährlichen Wirtschaftsforum 1992 eingeladen, um eine gemeinsame Marktwirtschaft anzukurbeln. Dieses Treffen, mittlerweile umbenannt in Wirtschafts- und Umweltforum, wird seither jedes Jahr im September zu einem vom OSZE-Vorsitz ausgewählten Thema in Prag abgehalten (das diesjährige Forum vom 13. bis 15. September war dem Thema Good Governance gewidmet).

Was hatte Franz-Walter Steinmeier also seinen Gästen an Neuem zu bieten? Zum einen die Sichtweise, dass die Wirtschaft nicht nur ein Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit neben anderen ist, wie es früher der Fall gewesen sein mag. Vor vierzig Jahren herrschte in Helsinki unter den Teilnehmerstaaten Einigkeit – aber teilweise auch Skepsis – über die Aufnahme von Wirtschafts- und Umweltthemen, also des sogenannten „zweiten Korbs“, in die umfassende Sicherheitsagenda.

Einundvierzig Jahre später wurde die Idee, eine Konferenz über Konnektivität abzuhalten, von der Überzeugung getragen, dass Friede und Stabilität auf lange Sicht im OSZE-Raum erst dann verwirklicht werden können, wenn Wirtschaftsbeziehungen über die Grenzen hinweg gestärkt werden, und dass dies nur gemeinsam mit der Wirtschaft und Industrie als Partnern erreicht werden kann. Unter den Delegierten in Berlin herrschte eine Stimmung aus Dringlichkeit und Hoffnung, ja sogar das Gefühl, vielleicht den Schlüssel für die Lösung des geopolitischen Stillstands in der Hand zu halten, der diese Gruppe von 75 Staaten immer mehr lähmt, die sich den Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft in der nördliche Hemisphäre vorgenommen hat.

Neu war auch die Erkenntnis, dass man die grundlegenden Fragen zu unserer wirtschaftlichen Stabilität nur bewältigen kann, wenn man über die Grenzen des OSZE-Raums hinausblickt. Aus diesem Grund wurde auch der Präsentation des Projekts One Belt, One Road durch die Delegation aus China, das weder Teilnehmerstaat noch offizieller Kooperationspartner der OSZE ist, größte Aufmerksamkeit zuteil.

Dem Konzept Gestalt verleihen

Schon bald nach Beginn der Konferenz begannen sich die Konturen dessen, was Konnektivität im OSZE-Kontext bedeuten könnte, abzuzeichnen. Steinmeier brachte den Stein ins Rollen, indem er über die wichtigste physische Verbindung zwischen Regionen sprach: die Eisenbahn. Als Beispiel nannte er die 10 300 Kilometer lange Güterzugverbindung zwischen Chongqing in China über Khorgos und Moskau nach Duisburg in Deutschland, eine Strecke, die etwa vom Computerunternehmen Hewlett Packard benützt wird, um seine Laptops in nur 12 Tagen von China nach Duisburg, anstatt wie früher in 45 Tagen auf dem Seeweg, zu befördern.

„Diese erstaunliche Zugstrecke – über mehrere Klimazonen hinweg – zeigt, welche geographischen Herausforderungen damit verbunden sind, unseren gemeinsamen Raum von unseren transatlantischen Partnern über Europa bis nach Asien zu gestalten“, stellte er fest. „Zugleich verdeutlicht diese Strecke die große wirtschaftliche Dynamik, die sich in

diesem Raum bereits entfaltet oder ihr Potenzial noch entfalten kann. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass sich die Politik mit Fragen der Wirtschaft beschäftigt – und umgekehrt.“

In den folgenden Sitzungen wurden weitere Projekte für den Bau regionaler Verkehrskorridore zur Diskussion gestellt sowie Möglichkeiten zur Verbesserung bereits bestehender Verbindungen durch Kostenreduktion und Harmonisierung der Rechtsvorschriften. Der Herausforderung für Binnenstaaten, ihre Güter auf die Märkte zu bringen, wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auch über Infrastrukturen für den Transport von Verbrauchsgütern, Treibstoff und Energie wurde diskutiert. Zum Thema Energiesicherheit teilte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE die Fertigstellung seiner jüngsten Publikation, Protecting Electricity Networks from Natural Hazards über den Schutz von Elektrizitätsnetzen vor Naturkatastrophen, mit.

Lebhaften Meinungsaustausch gab es über die Förderung von Finanzinvestitionen in Infrastruktur und die Ankurbelung des Handels auf regionaler Ebene. „Zum Thema Handel ergab sich ein überaus komplexes Bild“, meinte Mark Leonard, Direktor des European Council on Foreign Relations. „Einerseits bringen globale Wertschöpfungsketten neue Chancen, andererseits sind wir mit wachsendem Protektionismus und komplexen Handelsabkommen konfrontiert.“

Das allgegenwärtige Thema der digitalen Revolution stand im Zentrum einer Sonderplenarsitzung. Kerstin Günther von der Deutschen Telekom referierte über die Sichtweise ihres Unternehmens zur radikalen Digitalisierung der europäischen Telefonnetze und beschrieb den Nutzen für kleinere Länder wie die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, wo die Umstellung 2013 stattfand. Ross Lajeunesse von Google sprach darüber, wie digitale Technologien den Handlungsspielraum von KMU erweitern: „Wenn wir heute vom Welthandel sprechen, haben wir nicht große, Container verladende Frachtschiffe vor Augen, sondern eher das Bild von zwei Unternehmern, die irgendwo in Europa auf einem Sofa sitzen und weltweit neue Märkte erschließen.“

Die Erörterungen beschränkten sich jedoch nicht auf das Frohlocken über erweiterte wirtschaftliche Horizonte; zu hören waren auch mahnende Worte über die Notwendigkeit, angesichts der Geschwindigkeit des Wandels darauf zu achten, dass der Nutzen daraus allen zugutekommt. „Die digitale Technologie erhöht unsere Lebensqualität, sie schafft und verbessert Arbeitsplätze. Das kann nicht oft genug gesagt werden. Aber die Entwicklung schreitet in einem Tempo voran, dass wir uns fragen müssen, ob wirklich alle mitkommen“, meinte Alexander De Croo, Minister für Entwicklungszusammenarbeit, die Digitale Agenda, Post und Telekommunikation von Belgien. „Darum sollen sich die nationalen Regierungen kümmern“, fügte er hinzu.

In mehreren Workshops wurde der Zusammenhang zwischen Konnektivität und Konflikten erörtert, so zum Beispiel in den westlichen Balkanländern, wo die OSZE seit vielen Jahren zur Normalisierung der Lage nach Konflikten beiträgt. „Nach all den schrecklichen Dingen, die sich während des Kriegs ereigneten, ermöglichten drei Schlüsselfaktoren den Ländern in der Region, wieder den Anschluss an andere Länder zu finden: die Rechtsprechung, die EU-Beitrittsperspektive und die wirtschaftliche Entwicklung. Die Wirtschaft ist tatsächlich der Schlüssel für Frieden und Stabilität“, stellt Almir Sahović, stellvertretender Außenminister von Bosnien und Herzegowina, fest. „Daher ist auch der 2014 begonnene Berliner Prozess mit seinen Projekten für die Infrastruktur und die Vernetzung der Jugend dieser Region so wichtig“, betonte er.

Ein weiterer Workshop, der sich eingehend mit der Arbeit der OSZE zur Lösung von Langzeitkonflikten beschäftigte, hatte den Schwerpunkt der Förderung des Handels in Transnistrien. (Mit ihrer Rolle in den Verhandlungen und ihren Feldoperationen in Chişinău bemüht sich die OSZE, zur Lösung des Konflikts zwischen der Republik Moldau und ihrer abtrünnigen Region beizutragen.) Vertreter zweier transnistrischer Unternehmen, eines Babynahrungsherstellers und einer Textilfirma, berichteten aus der Praxis von den Schwierigkeiten und pragmatischen Lösungen, die man findet, wenn man ausgehend von einer „grauen Wirtschaftszone“ internationalen Handel betreibt. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass man mit den Bemühungen zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht warten sollte, bis eine politische Lösung erreicht wird, und dass diese sogar einen Fortschritt im Konfliktlösungsprozess herbeiführen können.

Diese optimistische Note prägte alle Erörterungen in den Plenarsitzungen, Diskussionsrunden und Workshops während der beiden Tage. Gleichzeitig wurde klar, dass es notwendig sein würde, in die Tiefe zu gehen, um wirklichen Fortschritt in den einzelnen Bereichen zu erzielen. Wie sollte die OSZE mit den vielen aufgeworfenen Fragen weiter verfahren?

Botschafter Daniel Baer, Ständiger Vertreter der Vereinigten Staaten bei der OSZE, brachte es am Ende der Konferenz auf den Punkt: „Schienen allein sind nicht genug, wir brauchen auch Verkehrsregeln. Und nicht nur eine neue Technologie, sondern auch Menschen, die diese nutzen. Im Sinne der Grundsätze der OSZE ist wirtschaftliche Vernetzung allein nicht zu haben. Eine Herausforderung für uns nach dieser Konferenz wird darin bestehen, die konkreten Themen, die wir hier untersucht haben, in unsere Erörterungen auf der Grundlage unserer OSZE-Verpflichtungen mitzunehmen.“

Schon ein paar Wochen später ergab sich im Rahmen der OSZE die Gelegenheit, einige der heikleren Fragen wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zu erörtern, und zwar anlässlich der OSZE-Sicherheitstage zum Thema „Von der Konfrontation zur Kooperation – die Wiederherstellung der kooperativen Sicherheit in Europa“, zu denen Generalsekretär Lamberto Zannier am 23. und 24. Juni, ebenfalls in Berlin, einlud. Die Konnektivität war eines der Diskussionsthemen, insbesondere die Beziehung zwischen verschiedenen Formen wirtschaftlicher Integration im OSZE-Raum, einschließlich der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Österreich, das 2017 den OSZE-Vorsitz übernehmen wird, hat angekündigt, nächstes Jahr in Astana gemeinsam mit Kasachstan eine Folgekonferenz abzuhalten. Also wird der von Deutschland aufgenommene Dialog zwischen Politik und Wirtschaft fortgesetzt werden.

„Ich zolle dem Experiment Beifall“, meint De Croo und fasst seine Erfahrungen auf der Konferenz in Berlin zusammen. „Die Privatwirtschaft ist ein guter Sparringspartner, wenn es um Sicherheit geht, denn sie kann nur dann florieren und investieren, wenn Stabilität gegeben ist. Aus anderer Sicht kann man auch von einem Push-Faktor sprechen, als dar an konkret zum Ausdruck kommt, worum es geht und wohin es führen kann, wenn wir als Regierungen wirklich für Sicherheit und für Stabilität sorgen.“

Ursula Froese ist verantwortliche Redakteurin des Magazins Sicherheitsgemeinschaft.



Den Stromfluss sicherstellen

By Wolfgang Kröger

Unsere modernen Gesellschaften hängen von kritischen Infrastrukturen ab, von denen das Elektrizitätsübertragungssystem wohl die entscheidendste ist. Industrie, Kommunikation, Verkehr – all das kann ohne eine verlässliche Stromversorgung nicht funktionieren.

Das europäische Hochspannungsnetz erstreckt sich über fünf Synchrongebiete, die von 41 Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) in 34 Ländern geführt werden und 534 Millionen Menschen versorgen. Ein solches hochgradig vernetztes, aus unzähligen Komponenten bestehendes Verbundsystem zeigt ein komplexes Verhalten und ist lokalen oder räumlich verteilten Einwirkungen ausgesetzt. Auch in besten Zeiten ist es schwierig, den Normalbetrieb des Stromnetzes sicherzustellen. Die aktuellen großen politischen und organisatorischen Veränderungen im Energiebereich, insbesondere die angepeilte Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien und die Umstellung auf einen entflochtenen kompetitiven Energiemarkt, bringen neue Herausforderungen mit sich.

Erstens erfordert die Einspeisung von Strom aus Sonnen- oder Windenergie, die diskontinuierlich, häufig weit weg von den Gebieten ihres Verbrauchs und zu Spitzenlastzeiten erzeugt wird, sowohl Übertragungen in gigantischen Größenordnungen als auch Strategien zur Glättung der Spitzen.

Zweitens wird die Koordinierung durch den kurzfristigen Handel erschwert, der den Einsatz echtzeitnaher

betriebstechnischer Daten und eine Zunahme des grenzüberschreitenden Stromaustauschs mit sich bringt. In der Vergangenheit war es so, dass ein einzelnes Unternehmen als Eigentümer und Betreiber der gesamten Versorgungskette normalerweise das absolute Recht besaß, die Verbraucher mit Strom zu versorgen. Heute, in Zeiten des freien Marktzugangs und aufgelöster Monopole, folgt jeder Teil seinen eigenen Vorgaben und Regeln, während die Versorgungssicherheit als gemeinwirtschaftliches Gut von einer staatlichen Organisation sichergestellt werden muss.

Auf dem europäischen Kontinent leistet eine umfassende Sammlung von operativen Grundsätzen, technischen Normen und Empfehlungen den ÜNB Hilfestellung bei der Verwaltung ihrer Netze und um ein ausreichendes Zusammenspiel sicherzustellen. Ein Eingreifen in die Marktkräfte ist verboten, außer es steht die Sicherheit auf dem Spiel.

Unfälle kommen vor

Ungeachtet dessen, wie sorgfältig die Lasten berechnet und kontrolliert werden, muss ein verantwortungsvolles Risikomanagementkonzept davon ausgehen, dass es zu Unfällen kommen kann. Die Störung, die am 4. November 2006 das westeuropäische Übertragungsnetz dreiteilte und einen Gutteil des Kontinents in Strommangel versinken ließ, führt uns anschaulich die Komplexität des Zusammenspiels der Faktoren – kontextbezogene,

technische, menschliche und organisatorische – vor Augen, deren Zusammentreffen ein System in Gefahr bringen kann. Ausgelöst wurde der Störfall durch die Abschaltung zweier Hochspannungsleitungen, die die Ems in Norddeutschland queren, um ein im Landesinneren gebautes Kreuzfahrtschiff, die Norwegian Pearl, auf seiner Jungfernfahrt zum Meer passieren zu lassen. Das Ereignis war Monate vorher angekündigt worden, die entsprechenden Berechnungen waren durchgeführt, die Vorkehrungen getroffen. Ein paar Tage vor der Unterbrechung hatte jedoch die Werft um eine Vorverlegung von ein Uhr nachts auf den späten Abend ersucht. Die benachbarten ÜNB wurden nicht ausreichend informiert, die Überlastungsprognose nicht aktualisiert. Dazu kam, dass die Last für den früheren Zeitpunkt bereits verkauft war und eine kurzfristige Änderung wegen höherer Gewalt rechtlich nicht möglich gewesen wäre.

Die Natur tat ein Übriges: Zum Zeitpunkt der Abschaltung der Leitungen um 21. 39 Uhr, blies in Norddeutschland ein starker Wind und der eingespeiste Strom bewirkte einen hohen Lastfluss in Richtung Niederlande. Das allein wäre nicht verhängnisvoll gewesen. Die Last wurde von den verbliebenen Leitungen übernommen, insbesondere zwischen den Umspannwerken Landesbergen und Wehrendorf, die sich südöstlich und südwestlich der Ems-Überquerung befinden. Die beiden Umspannwerke wurden jedoch von zwei unterschiedlichen ÜNB betrieben, es entstanden Missverständnisse. In Unkenntnis der Schutzstrategien und Systemeinstellungen am anderen Ende der Leitung kam es zu falschen Lastflussberechnungen. Das für Landesbergen verantwortliche Team entschied, zwei Stromschienen zusammenzuschließen (das sind die Sammelleitungen für die Abnahme und Verteilung von Strom) – eine Notmaßnahme, von der man eine Lastminderung erwartete, doch das Gegenteil war der Fall.

Der Zusammenschluss der Stromschienen erfolgte um 22:10:11, worauf sich sofort die Leitung in Wehrendorf abschaltete. Es dauerte keine 18 Sekunden – bis 22:10:28,7, um genau zu sein – und eine Kettenreaktion automatischer Abschaltungen hatte das europäische Fernleitungssystem dreigeteilt: Es gab zwei Gebiete mit Unterfrequenz im Westen und Süden und ein Überfrequenzgebiet im Nordosten. Im Nordosten war es möglich, die Frequenz zu senken, indem Erzeuger vom Netz genommen wurden, während im Westen und Süden ein automatischer Lastabwurf notwendig war. Die Verbraucher waren eine halbe Stunde lang beeinträchtigt. Es brauchte schließlich mehrere Stunden, um die Synchronität des gesamten Stromnetzes wiederherzustellen.

Verhütung und Schadensbegrenzung

Damit der Normalbetrieb der Stromnetze sichergestellt ist, müssen Schutzvorkehrungen dafür sorgen, dass es

nicht zu sogenannten Kaskaden, einem Spannungsbeziehungsweise Frequenzabfall oder einem Synchronitätsverlust kommt. Der klassische Ansatz zur Verhütung plötzlicher Störungen geht vom sogenannten N 1-Prinzip aus. Dieser Regel zufolge müssen bei einem unerwarteten Ausfall eines einzelnen Elements des Verbundnetzes wie etwa einer Leitungsunterbrechung, die verbliebenen aktiven Elemente in der Lage sein, die geänderten Lastflüsse zu übernehmen und zu verhindern, dass eine Kaskade ausgelöst wird, ein System nach dem anderen abschaltet oder es zu beträchtlichen Verbrauchslastverlusten kommt. Die Sicherheit nach dem N 1-Prinzip muss von jedem ÜNB für sein System und für Teile benachbarter Systeme ständig begleitend kontrolliert werden; nach einer Störung muss jeder ÜNB so rasch wie möglich N 1-konforme Bedingungen wiederherstellen, im Normalfall dauert das zwanzig bis dreißig Minuten.

Für die Sicherheit im Sinne des N 1-Prinzips müssen genaue Listen der zu berücksichtigenden Risiken erstellt werden. Die Bedrohungen können sich auf eine einzige kritische Komponente oder auf mehrere davon direkt oder indirekt (durch den Ausfall eines anderen Systems) auswirken; sie können systemintern sein oder von außen kommen. Um die Größenordnung der Risiken zu bewerten und Nadelöhre sowie kritische Elemente zu identifizieren, bedienen sich die ÜNB empirischer Untersuchungen, statistischer Daten und Stromausfallmuster. Da jedoch alle Einschätzungen im Wesentlichen von Erfahrungswerten ausgehen, fehlt es ihnen potenziell an Prognosefähigkeit.

Für die Sicherstellung der hohen Leistungsfähigkeit unserer Stromübertragungsnetze ist N 1-Sicherheit bei gewissenhafter Umsetzung zweifellos Best Practice. Allerdings haben wir sowohl aus umfassenden, methodisch fortgeschrittenen Untersuchungen sowie aus unerwarteten Ereignissen in der Vergangenheit gelernt, dass es eine Fülle vorher nicht gekannter Abläufe gibt, darunter komplexe Mehrfachausfälle, bei denen es nicht ausreicht, nur zu reagieren. Es ist eine riesige Herausforderung, das Verhalten eines Stromnetzes zu verstehen, das häufig Teil eines Systems miteinander in Wechselwirkung stehender Systeme ist; es gibt keinen ganzheitlichen Ansatz, der alle Fragen abdecken kann, die hier hereinspielen. Man kann auf eine Reihe fortgeschrittener wissenschaftlicher und mathematischer Modellierungsverfahren zurückgreifen, wie etwa Input/Output-Interoperabilität, Modellbildung, die Theorie komplexer Netzwerke und agentenbasierte Modellierung – von denen jedes seine Stärken und Schwächen hat –, die schon weitgehend zum Einsatz kommen.

Naturgefahren – Paradigmenwechsel zur Resilienz

Weltweit haben wir in den letzten fünfzehn Jahren an die zwanzig große Stromausfälle erlebt, deren Ursache in vier Fällen Schlechtwetter und in einem Fall ein Erdbeben/Tsunami war. Das zeigt, wie wichtig es ist, beim Risikomanagement von Stromnetzen Naturgefahren zu berücksichtigen. Jedes dieser Ereignisse wirkte sich unterschiedlich aus hinsichtlich Leistungsverlust (der größte Leistungsverlust mit 60 Gigawatt trat in der US Region Great Lakes/New York City bei dem Blackout im Jahr 2003 auf), Anzahl der Betroffenen (in Indien waren das 2012 620 Millionen Menschen) und Dauer (zwischen einigen Stunden bis zu zwei Wochen im Zuge des Wirbelsturms Lothar, der 1999 über Europa hinwegfegte). Übertragungssysteme sind auf Grund ihrer Größe einer Vielzahl unterschiedlicher Naturgefahren ausgesetzt, von denen die meisten mehrdimensional sind und ein Ereignis weitere nach sich zieht. So kann etwa ein Seebeben einen Tsunami auslösen, dessen Flutwellen Erdbeben bewirken. Die wirtschaftlichen Kosten solcher Naturgefahren und die damit verbundenen Versicherungskosten sind hoch und dürften noch weiter steigen, da im Zuge des Klimawandels mit einer Zunahme extremer Witterungsbedingungen zu rechnen sein dürfte.

Die meisten Naturgefahren sind von vornherein großflächig. Zwar können einige der kritischen Komponenten identifiziert und geschützt werden, doch ist es nur schwer möglich, die Übertragungssysteme insgesamt entsprechend abzusichern. Daher wird ein Paradigmenwechsel angedacht, von der Verhütung zur Resilienz, bei der man sich weniger auf die Vermeidung von Störungen als vielmehr auf Anpassungs- und Erholungsfähigkeit der Systeme nach einem „Schockereignis“ konzentriert.

Neues OSZE Handbuch – Stromnetze gegen Naturgefahren schützen

2013 haben die OSZE-Teilnehmerstaaten einen Ministerratsbeschluss über den Schutz der Energienetze vor Natur- und vom Menschen verursachten Katastrophen verabschiedet, mit dem das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten (OCEEA) beauftragt wurde, den Wissensaustausch insbesondere über den Schutz von Elektrizitätsnetzen zu erleichtern. Unter den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten sind einige der größten Energieerzeuger und verbraucher, viele davon sind von Energieimporten abhängig, um die örtliche Nachfrage decken zu können. Ein Stromausfall in einem Land kann eine ganze Region in Mitleidenschaft ziehen.

Im Juni 2014 veranstaltete das OCEEA einen Expertenworkshop, dessen Beiträge den Grundstein zu dem nunmehr veröffentlichten Praxishandbuch *Protecting Electricity Networks from Natural Hazards* legten. Es bietet Politikern, Betreibern und Regulatoren einen Überblick über den Stand der Technik bezüglich Risikokartierung, begrenzungs- und management und zeigt am Beispiel einiger Länder, wie man die Resilienz von Stromnetzen gegenüber Naturgefahren erhöhen kann.

Protecting Electricity Networks from Natural Hazards kann unter der folgenden Adresse heruntergeladen werden:
www.osce.org/secretariat/242651

Verlässliche, integrierte Elektrizitätsnetze sind für alle Staaten und Regionen unverzichtbar. Lokale Ausfälle können weltweite Auswirkungen haben. Daher ist es unabdingbar, Staaten auf die Folgen möglicher Störungen aufmerksam zu machen, insbesondere von Störungen aufgrund von Naturkatastrophen, Wissen weiterzugeben und den Dialog zu erleichtern. Hier kommt Organisationen wie der OSZE eine wichtige Aufgabe zu.

Wolfgang Kröger ist emeritierter Professor für Sicherheitstechnik der ETH Zürich und ehemaliger Exekutivdirektor des ETH Risk Center.



Straßenkunst in Gračanica (Kosovo) von Vuk Djuric

Interview mit Baroness Anelay of St Johns, britische Staatsministerin für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen

Bekämpfung sexueller Gewalt in Konflikten

Vergewaltigung im Krieg, egal ob mutwillig zur Befriedigung sexueller Bedürfnisse begangen oder systematisch als zynische Waffe eingesetzt, ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht mit verheerenden Folgen, von denen sich die Opfer ihr ganzes Leben nicht erholen. Baroness Joyce Anelay, britische Staatsministerin und Sonderbeauftragte des Premierministers für die Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten, leitet die Initiative Großbritanniens zur Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten (Prevention of Sexual Violence in Conflict Initiative – PSVI). Anlässlich ihres Besuchs bei der OSZE im Juli in Wien stellte sie die Initiative im Ständigen Rat, im Forum für Sicherheitskooperation und auf einer Konferenz zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen vor.

Mit der Veranstaltung eines Weltgipfeltreffens in London setzte das Vereinigte Königreich 2014 einen Meilenstein im Kampf um die Beendigung sexueller Gewalt in Konflikten, auf dem ein Internationales Protokoll über die Dokumentation und Ermittlung sexueller Kriegsverbrechen verabschiedet wurde. Warum war das wichtig?

Das Protokoll ist wichtig, weil es NGOs, der Zivilgesellschaft und den Regierungen einen praktischen Leitfaden an die Hand gibt, wie Informationen über die begangenen Verbrechen zu sammeln sind. Dabei wollen wir einerseits mit dem nötigen Einfühlungsvermögen gegenüber den Opfern aber auch energisch genug vorgehen, um sicherzustellen, dass wir die erforderlichen Beweise haben, die wir Jahre später bei einem Gerichtsverfahren brauchen. In Syrien zum Beispiel wird es wohl noch lange dauern, bis diejenigen, die so furchtbar unter Daesh zu leiden hatten, erleben, dass ihre Peiniger nicht mehr ungestraft davonkommen.

Sie sollen darauf vertrauen können, dass es ein System gibt, das ihnen helfen kann. Zu diesem Zweck haben wir diesen Leitfaden hergestellt, der auf der ganzen Welt Verwendung finden kann. Er wurde in zehn Sprachen übersetzt, darunter ins Kurdische, Arabische, Albanische, in Lingala und Suaheli. Das Protokoll wurde zum Beispiel bereits in den westlichen Balkanländern umgesetzt, wo die Menschen im Konflikt vor 20 Jahren so schwer gelitten haben. Es diente zur Sammlung von Beweisen, mit deren Hilfe man die Regierungen zu einer Änderung der Gesetzeslage bewegen konnte, sodass die Täter nun vor Gericht gestellt werden können. Zweitens gab es den NGOs eine Anleitung für die Sammlung von Daten und die Begleitung der Opfer während der Prozesse, sofern diese das tatsächlich wollen. Oft vertrauen mir Opfer an: „Es geht mir nicht so sehr darum, Geld oder eine Entschädigung zu bekommen, oder dass derjenige, der mir das angetan hat, für lange Zeit ins Gefängnis muss. Ich möchte einfach, dass man mir glaubt“. Zu dieser Würde, denke ich, können wir ihnen verhelfen.

Auch hoffe ich, dass das Protokoll den Opfern die Sicherheit gibt, die sie brauchen, um ihre Geschichte einmal zur Gänze zu erzählen. Weltweit sind die Rechtssysteme häufig so angelegt, dass die Opfer sexueller Gewalt beschämenderweise dieselbe Geschichte immer wieder neu erzählen müssen. „Ich habe das Gefühl, das Trauma jeden Tag neu zu erleben“, hört man sie sagen. Das müssen wir verhindern.

Wie kann die internationale Gemeinschaft den Opfern helfen, mit dem persönlichen Stigma einer Kriegsvergewaltigung fertigzuwerden?

Seit zwei Jahren befassen wir uns mit der Frage der Stigmatisierung, und dieses Jahr haben wir beschlossen, uns verstärkt darauf zu konzentrieren. Ich erinnere mich sehr gut an ein Gespräch, das ich letztes Jahr mit Frauen aus dem Kosovo führte, als eine zu mir sagte: „Ich war Opfer von Gewalt, wurde mehrfach vergewaltigt, aber jetzt ist mein Leben besser.“ Und was sie dann hinzufügte, hat mich schockiert: „Meine Familie hat mir verziehen.“ Das hieß für mich, dass sie sich noch immer schuldig fühlte, was sie nie gewesen war!

Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Gemeinschaften ist deshalb so wichtig, damit wir ihnen helfen zu erkennen, dass die Opfer – seien es Männer, Jungen, Frauen oder Mädchen – nichts für die abscheuliche Gewalt können. Wir müssen alles tun, damit sie sich wieder als Teil der Gemeinschaft fühlen können. Bei meinem Besuch im Norden Nigerias sprach ich mit Leuten, die sich für die Rückkehr der Chibok-Mädchen einsetzen. Der Gedanke an die Frauen, die den Fängen der Boko Haram entkommen sind, und ihre Stigmatisierung haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass wir weltweit mit den Gemeinschaften zusammenarbeiten müssen, um dieses Stigma zu beseitigen.

Der beste Weg gegen sexuelle Gewalt in Konflikten ist natürlich zu verhindern, dass es überhaupt dazu kommt. Welche Schritte sollten diesbezüglich unternommen werden und was kann das Militär tun?

Zuallererst muss man auf lange Sicht am Frauenbild arbeiten. Es ist eine Frage der Gleichstellung, wobei dafür zu sorgen ist, dass die Frau nicht als Eigentum des Mannes oder einer Gruppe wahrgenommen wird, sondern als eigenständiges und vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft, das eine besondere Funktion erfüllt. Aber das ist ein langfristiges Projekt.

Kurzfristig gesehen können wir Ausbildungen für Militär- und Polizeiangehörige organisieren. Wir können Ersthelfer dahingehend ausbilden, dass sie Mitgefühl für die Art von Trauma, die ein Opfer durchgemacht hat, entwickeln und dafür sorgen, dass diese die notwendige Hilfe bekommen. Dazu gehört auch die Ausbildung der Mitarbeiter internationaler humanitärer Hilfe. Ich habe über diese konkreten Themen gute Gespräche mit Vertretern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und Roten Halbmond geführt. Im Vereinigten Königreich haben wir in General Gordon Messenger einen starken Anwalt der PSVI-Initiative im Verteidigungsministerium. Bis Ende des Jahres werden alle Angehörigen der britischen Truppen im Auslandseinsatz ein PSVI-Gendertraining absolviert haben. Diese Ausbildung konnten wir bereits über 700 Peschmerga im Nordirak und – mit Hilfe der Afrikanischen Union – Tausenden in Afrika angedeihen lassen.

In diesem Bereich sollten die Vereinten Nationen eine noch wichtigere Rolle spielen. Wir alle sind über die Anschuldigungen sexueller Ausbeutung und des Missbrauchs schockiert, die Mitgliedern der Friedenstruppen zur Last gelegt wurden. Ich bin davon überzeugt, dass das Vereinigte Königreich hier mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten sollte, damit diesen Fällen nachgegangen und „null Toleranz“ geübt wird, wie Ban Ki-Moon sagt.

Welche Rolle hat ihrer Ansicht nach die OSZE bei der Verhütung von sexueller Gewalt in Konflikten?

Die OSZE hat eine Nischenrolle. Sie ist eine regionale Organisation mit einer starken Stimme. Sie könnte diese noch lauter für die Rolle der Frauen in der Gesellschaft und die Bemühungen zur Verhinderung sexueller Gewalt in Konflikten erheben. Denn schließlich besagt die Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eindeutig, dass sie auch für regionale Organisationen wie die OSZE gilt.

Die Vorträge und Wortmeldungen von gestern und heute ermutigen mich ebenso wie die Zusagen der Teilnehmerstaaten hinsichtlich der Rolle der OSZE in der Praxis, also nicht nur in der Erörterung theoretischer Möglichkeiten, sondern mit konkreten praktischen Schritten. Die Beobachtungsmissionen der OSZE genießen einen guten Ruf. Ich denke, die Organisation könnte sich noch mehr als bisher für eine wirkliche Gleichstellung und Achtung aller in allen Belangen und die Achtung aller Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, ihrem Geschlecht, ihrer Weltanschauung, Nationalität oder Rasse, engagieren.



Sonderthema

Kulturerbe und Sicherheit

Wie uns der illegale Handel mit Kunstgegenständen und Artefakten unserer wertvollsten Schätze beraubt und was die OSZE dagegen tun kann

Dennis Cosgrove, der Leiter des Referats Grenzsicherung und -management in der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen im OSZE-Sekretariat, erläutert die Gründe, weshalb der illegale Handel mit Kulturgütern eine Sicherheitsbedrohung darstellt, mit der sich die OSZE stärker befassen kann und sollte.

Wo sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Kulturgutdiebstahl und Sicherheit?

Auf den ersten Blick scheint der Diebstahl von Kulturgütern eher Kunsthändler und Liebhaber von Gemälden und Kulturgütern anzugehen. Was das mit Sicherheit und organisierter Kriminalität zu tun hat, erschließt sich nicht sofort – oder, besser gesagt, tat es nicht, bis die Plünderungen terroristischer Organisationen wie Daesh bekannt wurden.

Ich stieß zum ersten Mal darauf, als ich vor vielen Jahren als Sonderermittler des FBI mit einem Fall von Diebstahl und Schmuggel aus Russland in die Vereinigten Staaten befasst war. Es handelte sich um Diamanten und Gold, von denen jeder weiß, wie wertvoll sie sind, doch es waren auch Kunstwerke im Spiel. Damals kam ich als Ermittler zum ersten Mal damit in Berührung. Mir wurde klar, welchen Wert Kunstwerke und Antiquitäten für Kriminelle haben, und dass es gar nicht so einfach ist, sie sicherzustellen und den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben.

Als ich dann zum Art Crime Team des FBI kam und weitere derartige Fälle zu bearbeiten hatte, begriff ich auch, dass es keineswegs einfach ist, andere von der Wichtigkeit der Bekämpfung des illegalen Kunsthandels zu überzeugen. Zum Teil rührt das Problem daher, dass es ja auch einen durchaus legalen Kunsthandel gibt. Anders als etwa bei Heroin, da ist jeder Handel verboten. Wir haben es also mit einer Mischung aus illegalem und legalem Handel zu tun, was die Sache nicht gerade erleichtert.

Im Wesentlichen lässt sich sagen, ist der Wert von Kunstwerken und Antiquitäten in der Kunstwelt rasant gestiegen und die Preise sind im Vergleich zu den 1990er Jahren geradezu explodiert. Und das macht diesen

Bereich nicht nur für den redlichen Anleger, sondern auch für Kriminelle so attraktiv. Ein gestohlenen Kunstwerk lässt sich zum Weißwaschen von Geld verwenden, gegen Waffen oder Drogen eintauschen – oder zur Finanzierung des Terrorismus einsetzen.

Der illegale Handel mit Kulturgütern hat nicht nur explosionsartig zugenommen, sondern es gibt auch da und dort eine Verknüpfung mit illegalem Waffenhandel, Menschenhandel und Migrantenschmuggel. Die organisierte Kriminalität steigt zunehmend in diese Art des illegalen Handels ein. Welche Profite damit gemacht werden, lässt sich nur schwer abschätzen, doch kommen die meisten Untersuchungen zu dem Schluss, dass der illegale Handel mit Kulturgütern gleich hinter dem Waffen- und Drogenhandel rangiert.

Wie kann man das Problem angehen?

Da muss noch viel getan werden, um das Bewusstsein der Menschen dafür zu wecken, insbesondere bei den Grenz- und Zollbeamten. Das wurde mir klar, als wir im Juli unseren ersten einwöchigen OSZE-Workshop über die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern in Duschanbe abhielten, dessen Teilnehmer von verschiedenen tadschikischen Behörden kamen, die mit grenzüberschreitender Kriminalität befasst sind. Die Vortragenden waren Experten von INTERPOL, vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, von der UNESCO, vom afghanischen Zoll und vom Heimatschutzministerium der Vereinigten Staaten. Jede dieser Behörden berichtete über ein anderes Thema.

Zum Beispiel Konstantinos-Orfeas Sotiriou, einer der Vortragenden, ein Ermittlungsbeamter der griechischen nationalen Polizei und selbst passionierter Archäologe, der uns in Museen und zu Grabungsstätten führte und darauf aufmerksam machte, dass „sie hier eher Gegenstände sehen, nach denen man bei einer Fahndung Ausschau halten muss“. Für manche Teilnehmer war das ein ziemliches Aha-Erlebnis. Ohne die Ausbildung hätten sie wahrscheinlich nicht einmal die offensichtlichste illegale Antiquitätensendung abgefangen. Sie werden sicher in Zukunft ganz anders reagieren, wenn ihnen eine Kiste mit alt aussehenden Tonscherben unterkommt.

◀ Die Teilnehmer am OSZE-Workshop zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern im Juli in Duschanbe bei der Besichtigung einer Querschnittgrabung, die seinen alten Erdwall zum Schutz der Festung Gissar freilegte; die tiefste Schicht stammt aus der Zeit Alexanders des Großen und ist über 2300 Jahre alt. (Foto: Heimatschutzministerium der Vereinigten Staaten, Sonderermittler David Keller)

Was tun die internationalen Behörden gegen Kulturgutkriminalität?

Es gibt einige weithin bekannte Übereinkünfte über den Schutz von Kulturgut und das Verbot des illegalen Handels damit, etwa die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten von 1954 und ihre zwei Protokolle.

Seit Kurzem wird versucht, die Zerstörung von kulturellem Erbe unter Strafe zu stellen. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag wird im September ein Urteil im ersten Prozess sprechen, in dem ein Angeklagter (Al Mahdi) sich schuldig bekannte, an der Zerstörung historischer und religiöser Denkmäler in Timbuktu (Mali) im Sinne eines Kriegsverbrechens teilgenommen zu haben.

Im Europarat ist ein neues strafrechtliches Übereinkommen gegen den illegalen Kulturguthandel in Ausarbeitung, ein Prozess, in den die OSZE eingebunden ist und zu dem wir Input in konkreten Bereichen geliefert haben.

Bei der Bekämpfung dieser Art des illegalen Handels spielen die Museen und die Welt der Wissenschaft eine wichtige Rolle. Der Internationale Museumsrat (ICOM) verfügt über mehrere wertvolle Instrumente und nützliche Datenbanken, mit denen er den Ermittlern ebenso hilft wie auch die Weltzollorganisation. Im April letzten Jahres gab die Internationale Konferenz zur Archäologie im Alten Orient in Wien eine Erklärung heraus, in der gewarnt wird, dass das Kulturerbe im Nahen Osten und in Nordafrika unmittelbar gefährdet ist, und die dringende Forderung nach einer intensiven internationalen Zusammenarbeit auf allen Ebenen erhoben wurde.

Allerdings gibt es Lücken in der internationalen Zusammenarbeit, die überbrückt werden müssen. So konzentrieren sich zum Beispiel die UNESCO Übereinkünfte hauptsächlich auf Museumsdiebstähle. Dasselbe gilt auch für Initiativen der Europäischen Union und der Weltzollorganisation. Hier kann die OSZE in enger Zusammenarbeit mit den anderen bereits erwähnten Organisationen und Behörden viel tun. Die Parlamentarische Versammlung der OSZE hat bei ihrer Jahrestagung 2014 in Baku eine EntschlieÙung zum Schutz von Kulturgütern verabschiedet.

Welche Rolle könnte die OSZE spielen?

Zuallererst haben wir unsere Expertise im Bereich des Grenzmanagements, die bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern von größter Bedeutung ist. Wir haben unser Netzwerk von Kontaktstellen an den Grenzen, unsere Außenstellen; wir können Mitarbeiter verschiedener Behörden grenzübergreifend und auf regionaler Ebene mit einander vernetzen. Für mich ergibt sich diese Partnerschaft sozusagen von selbst.

Die Bekämpfung der Kulturgutkriminalität hat viel mit unserer übrigen Arbeit im Bereich grenzüberschreitender Bedrohungen zu tun. Man kann sie nicht isoliert behandeln, ohne die Bekämpfung des Drogen- und des Waffenhandels in den Blick zu nehmen. Wir wissen, dass dieselben Gruppen involviert sind, weil es ein so einträgliches Geschäft ist.

Wir verfügen mit der OSZE über eine ungewöhnliche Mischung aus Herkunfts-, Transit- und Zielländern. Dem illegalen Handel mit Kulturgütern wird man nur durch die Vernetzung von Vertretern aus den verschiedenen Ländern Einhalt gebieten können. Bei dem Workshop in Duschanbe hatten wir Afghanen und Tadschiken mit dabei. Das können nicht viele Organisationen. Afghanistan einzubinden ist sehr wichtig, da das Land große Probleme mit dem Schmuggel von Artefakten hat.

Mit dem sich ständig verändernden illegalen Antiquitätenhandel Schritt zu halten, ist eine große Herausforderung, doch die OSZE ist dafür durchaus gerüstet. Ausbildung allein ist nicht genug, man muss sich auch ständig auf Stand halten, über die Routen, die Beteiligten, die Verkäufer, die Endabnehmer, das ändert sich ständig. Das ist beim illegalen Waffen-, Drogen- und Menschenhandel nicht anders. Bei der OSZE verfügen wir auf allen diesen Gebieten über Expertise, Netzwerke und Foren. Für strategische Polizeiangelegenheiten haben wir zum Beispiel POLIS, ein Forum, über das wir uns gegenseitig über die jüngsten Entwicklungen, die illegalen Handelsrouten und den neuesten Modus operandi auf dem Laufenden halten können.

Ein weiterer Bereich, in dem die OSZE auf Erfahrungen verweisen kann, ist die Arbeit mit der örtlichen Bevölkerung. Die Einheimischen wissen oft ganz genau, wo die Kulturerbestätten sind und was dort vor sich geht; man muss sie dazu ermutigen, aufzustehen und sie zu schützen.

Was unsere Expertise anbelangt, so dürfen wir uns glücklich schätzen, dass unsere Teilnehmerstaaten – Griechenland, die Türkei, Italien – über einige der renommiertesten Fachleute weltweit verfügen. Italien hat wohl die weltweit beste Sondereinheit für die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern. An Experten haben wir keinen Mangel. Wir hoffen, einen regionalen Workshop für Zentralasien und einen für den Westbalkan mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei abhalten zu können. Ebenfalls für die Zukunft ist eine Zusammenarbeit mit den OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum geplant.

Dem illegalen Handel mit Kulturgütern Einhalt zu gebieten, mag nie ein vorrangiges Tätigkeitsfeld der OSZE werden, gehört jedoch eindeutig zu unserer Arbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen. Orfeas brachte das bei unserem Workshop in Duschanbe auf den Punkt: Wenn man eine illegale Sendung von Objekten abfängt, die für den Verkauf an eine terroristische Organisation bestimmt waren, dann hat man vielleicht zur Verhütung eines Terroranschlags beigetragen.

Antiquitätenschmuggel und organisierte Kriminalität

Unvollständige Dossiers, fehlender Zugang zu Daten über Festnahmen und sensiblen Daten sind oft schuld daran, dass der kriminelle Anteil am Antiquitätenschmuggel im Dunkeln bleibt. Erst kürzlich öffnete die Polizei in Griechenland zum ersten Mal ihre Akten über Antiquitätenschmuggel für ein Forscherteam der Universität Athen unter der Leitung von Konstantinos-Orfeas Sotiriou. Die Ergebnisse seiner Untersuchungen von 315 Fällen wurden auf dem zehnten Internationalen Kongress über Archäologie des Alten Orients im April 2016 in Wien vorgestellt. Daraus geht hervor, dass ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Antiquitätenschmuggel und organisierter Kriminalität besteht.

Zwei Ergebnisse stechen besonders hervor. Die Täter kamen zwar aus den verschiedensten Berufen, die mit 22 Prozent größte Gruppe bildeten jedoch angesehene und wohlhabende Geschäftsleute, die problemlos ihre in- und ausländischen Verbindungen nutzen konnten, um die Profite aus dem Schmuggel weißzuwaschen. Die zweite Auffälligkeit war, dass in 26 Prozent der Fälle die beschlagnahmten Antiquitäten zusammen mit Gewehren und Sprengstoffen gefunden wurden. Bei der Festnahme von Antiquitätenschmugglern durch die Polizei in Thessaloniki (Griechenland) fielen den Ermittlern 63 Pistolen, 4 211 Schuss Munition, 41 450 Euro, 501 Goldmünzen und sieben Militärgewehre in die Hände. (Foto: Konstantinos-Orfeas Sotiriou)



TATORT
TATORT
TATORT

Warum archäologische Stätten Tatorte sind

von Konstantinos-Orfeas Sotiriou

Wie die meisten meiner Mitmenschen sehe auch ich mir Fernsehserien wie CSI an, bei denen ein Verbrechen gemeldet wird und die Polizei nach ihrem Eintreffen am Tatort sofort alles mit gelben Bändern absperrt und Unbefugten den Zutritt verwehrt. Was das mit Archäologie zu tun hat? Im nachfolgenden Artikel wird der skurrile Zusammenhang zwischen Archäologie und Tatorten aufgedeckt.

Im 18. und 19. Jahrhunderts begann sich eine Handvoll wohlhabender Menschen für antike Objekte aus versunkenen Kulturen zu interessieren. Das war die Geburtsstunde der Archäologie als Wissenschaft. Angeregt durch Mythen und Sagen unternahmen die ersten Pioniere der Archäologie kostspielige und gefährliche Expeditionen an exotische Orte, wo sie unter schwierigen Verhältnissen zu graben begannen, mit einem einzigen Ziel vor Augen: Gegenstände dieser sagenhaften Kulturen zu finden, von denen die Legenden erzählten. Aber waren sie wirklich die ersten Archäologen?

Schon im Alten Ägypten, zur Zeit des Mittleren Reiches, in Mesopotamien in der Zeit der 3. Dynastie von Ur, oder in Griechenland zu Zeiten der minoischen und mykenischen Kultur betätigten sich antike Plünderer als Ausgräber, auch sie mit nur einem Ziel vor Augen: in den Gräbern der großen Könige Gold und Edelsteine zu finden. Was also unterscheidet Plünderer von Archäologen?

Das ganze 20. Jahrhundert hindurch brachten archäologische Ausgrabungen einige der wundervollsten Paläste, Häuser, Gräber und Bauwerke der großen Vergangenheit der Menschheit ans Tageslicht. Langsam aber sicher hielten interdisziplinäre Ansätze Einzug in die Archäologie und es dauerte nicht lange, bis das Konzept des archäologischen Kontextes immer wichtiger wurde. Darunter sind alle Arten von Spuren zu verstehen, die in einer unberührten Grabungsschicht vorhanden sind.

Die Überreste eines Hauses, das in der Antike nach einem Erdbeben einstürzte oder von Eroberern in Brand gesteckt wurde, können – sofern sie unberührt geblieben sind –, wertvolle Beweisstücke enthalten: Tonwaren, Werkzeuge, Einrichtungsgegenstände, Gefäße, Sickergruben und Münzen. Mit den richtigen Werkzeugen und durch minutiöses Abtragen der einzelnen Schichten und Eintragung aller dabei erhobenen Daten in ein Grabungstagebuch können Archäologen die Geschichte einer vergessenen Stätte wieder zum Leben erwecken. Eine Vielzahl von Fragen lässt sich dann beantworten. Wer waren die Bewohner? Waren sie Amoriter, Minoer, Phönizier, Ägypter oder Griechen? Was war ihre wichtigste Erwerbstätigkeit? Mithilfe von Münzen können Archäologen mit größter Genauigkeit die geschichtliche Periode bestimmen, in der sich diese Geschichte ereignete. Eine gewissenhafte Untersuchung der Keramik kann aufzeigen, woher die dafür verwendete Tonerde stammte. Aus Keramiken, die nicht vor Ort erzeugt wurden, ließe sich auf Beziehungen mit anderen – tausende Meilen entfernten – Kulturen und Orten schließen und in Gefäßen erhaltene verbrannte Getreidekörner und Sickergruben lassen Rückschlüsse auf die Ernährungsgewohnheiten zu.

Man könnte einwenden, dass Plünderer nichts anderes tun als Archäologen. Aber Plünderer treibt weder wissenschaftliche Neugier noch Forscherdrang oder der Wunsch, die Vergangenheit zum Leben zu erwecken, sondern ausschließlich Profitgier. Das einzige Motiv ihres Handelns ist die Aussicht, ihre Funde – Goldringe, Tongefäße und Idole, Elfenbeingegenstände, Schwerter, Schilde, Helme und Münzen – an wohlhabende Interessenten zu verkaufen. Sie bedienen sich nicht sachgemäßer Methoden, bei denen man vorsichtig Zentimeter um Zentimeter mit den richtigen Werkzeugen gräbt und das gesamte Verfahren dokumentiert. Stattdessen verwenden sie Werkzeuge und Methoden, die viel zerstören, da sie schnell ans Ziel gelangen wollen. Mitunter kommen sogar große Bulldozer zum Einsatz, wie in einem Falle, von dem die Abteilung für die Bekämpfung von Antiquitätenschmuggel in Athen 2000 Kenntnis erlangte. Sie finden mit ihren Methoden durchaus die Gegenstände, die sie suchen, doch dabei zerstören sie die Reste der Spuren, die für uns Archäologen so wichtig sind.

Große archäologische Museen wie der Louvre in Paris, das British Museum in London, das Kunsthistorische Museum in Wien und das Nationalmuseum in Athen bewerben die Ausstellungen bevorzugt mit Objekten, die Reichtum und Macht symbolisieren. Die Maske des Tutanchamun, die Maske des Agamemnon, die Marmorstatue der Aphrodite oder Goldene Schwerter

aus mykenischer Zeit sind hervorragende Kunstgegenstände. Doch in gewisser Weise vermitteln sie den Besuchern einen verzerrten Blick auf das, was Archäologie eigentlich bedeutet.

Die Archäologie ist der einzige Weg, wie die Menschheit ihre Vergangenheit wiedererstehen lassen kann. Eine Vergangenheit ohne schriftliche Zeugnisse, die weit zurückreicht bis in die Jungsteinzeit, die Bronzezeit und die Eisenzeit. Eine Vergangenheit, die der ganzen Menschheit gehört, nicht nur einer einzelnen Nation – und ganz sicher nicht den Plünderern, die nur Profit machen wollen. Eine große Vergangenheit, die durch sorgfältige wissenschaftliche Ausgrabung und Forschung freigelegt wird, die die Grenzen zwischen Nationen verwischt und die Großartigkeit unserer gemeinsamen Vorfahren offenbart. Vorfahren, denen es gelungen ist, Wasserläufe zu regulieren, und durch künstliche Bewässerung die Wasserversorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen, die bereits 3 500 v. Chr. Städte mit eigenen Geschäfts- und religiösen Bezirken bauten. Vorfahren, die die natürlichen Wasserläufe des Nils, des Tigris oder des Euphrats für den Transport von Waren aus fernen Orten zu nutzen wussten. Vorfahren, die 2 000 v. Chr. Eheverträge schlossen, Literatur schrieben und Geschichten erzählten, wie etwa das Gilgamesch-Epos.

Man stelle sich vor, der Tatort eines Verbrechens würde mit Chlor behandelt: Es gäbe keine Fingerabdrücke mehr, keine Blutspuren, keine physischen Beweise, weder vom Opfer, noch vom Täter – kein einziges Beweismittel, mit dessen Hilfe die Gerichtsmediziner die Fakten rekonstruieren und Fragen zum Tathergang beantworten könnten. Auf dieselbe Weise zerstören Plünderer die große Vergangenheit der Menschheit, unsere globale Vergangenheit, die noch verborgen ist. Unzählige Fragen, die noch der Antwort harren. Das Werkzeug zur Bewältigung dieser komplexen Aufgabe war und ist die Archäologie. Als Polizeibeamter und Archäologe in Personalunion habe ich erkannt, dass man mit einer archäologischen Stätte nach demselben Prinzip verfahren muss, wie mit einem Tatort. Beide haben Anspruch auf ein Höchstmaß an Schutz und eingehender Untersuchung.

Konstantinos-Orfeas Sotiriou ist Stabsunteroffizier in der Abteilung zur Bekämpfung des Antiquitätenschmuggels der Griechischen Polizei und Archäologe an der Nationalen und Kapodistrias-Universität Athen.



Foto: Konstantinos-Orfeas Sotiriou

Geschichte unter dem Meeresspiegel bewahren

von Peter B. Campbell

Seit vielen Jahrzehnten schon ist der illegale Handel mit Altertümern ein wichtiges Thema, wobei allerdings ein Teilbereich sträflich vernachlässigt wurde: das kulturelle Erbe unter dem Wasser.

Altertümer, die sich unter Wasser befinden, unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von denen auf dem Land. Die meisten Objekte sind anorganisch, da die Meeresumwelt Materialien wie Holz entweder zersetzt oder durch Sedimente am Grund des Meeres bedeckt. Unterwasserfunde reichen von Kanonen über Porzellan und Edelmetalle bis hin zu Statuen. Viele der unversehrt erhaltenen alten Bronzestatuen aus der Antike stammen aus dem Meer, während jene auf dem Land eingeschmolzen wurden, um ihr Metall weiterzuwenden. Wertvolle Kunstgegenstände bilden jedoch eine Ausnahme. In Europa werden Amphoren und antike Weinkrüge meist zur Beute von Plünderern; in Asien ist chinesisches Porzellan ein lukratives Objekt.

Man könnte meinen, dass archäologische Fundstätten auf dem Meeresgrund leichter zu schützen sind, als auf dem Land, sind sie doch weniger zahlreich und nur einem viel kleineren Kreis zugänglich, wie Freitauchern, Fischern oder Gerätetauchern. Doch nicht nur sie plündern diese Stätten. Es gibt auch legale kommerzielle Bergungsunternehmen, die moderne Schiffe bergen und sich durch die illegale Hebung historischer Kunstgegenstände ein Zubrot verdienen. In Gegenden, in denen viele versunkene Kunstschätze vermutet werden, wie etwa Schauplätze von Seeschlachten, schalten sie ihre Transponder aus und stehlen Kupfer aus den Schlachtschiffen der beiden Weltkriege, Kanonen von Segelschiffen oder Keramiken aus antiken Stätten.

Das UNESCO-Übereinkommen über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes von 2001 befasst sich mit diesen weit verbreiteten Plünderungen. Viele Staaten haben für ihre Hoheitsgewässer strenge Rechtsvorschriften. Aber das Seerecht ist eine komplexe Sache und auf hoher See mitunter nur schwer



Das Wrack eines antiken römischen Schiffes aus dem 4. Jh. n. Chr. mit Amphoren an Bord, 800 m unter Wasser. Das Schiff war zum Zeitpunkt seiner Entdeckung unversehrt, wurde jedoch in der Zwischenzeit geplündert.

durchzusetzen. Selten werden die Stätten überwacht und die Plünderungen untersucht. Die Frage des rechtmäßigen Eigentümers der Objekte ist ebenfalls kompliziert: Befinden sie sich in staatlichen Hoheitsgewässern, dann gehören Unterwasser-Stätten dem betreffenden Staat, außer in Fällen gesunkener Marineschiffe, die immer dem Flaggenstaat gehören.

Oft müssen Grenz- und Zollbeamte den illegalen Handel mit Objekten des Unterwasser-Kulturerbes abstellen. Die Beamten können nach Tongefäßen oder Metallgegenständen Ausschau halten, die von Bewuchs – wie Muscheln, Korallen oder Kalkablagerungen – bedeckt sind, was ein Indiz für eine vor Kurzem stattgefundene Plünderung sein kann. Unversehrte Keramiken, die verzollt werden und sehr alt aussehen, stammen häufig aus dem Meer, da Keramik am Land nur selten mehrere hundert Jahre unbeschädigt übersteht.

Das bestmögliche Verfahren für Grenz- und Zollbeamte, die es mit einem Artefakt zu tun bekommen, das vielleicht illegal gehandelt wurde, ist die Dokumentation mittels Fotografien und Kopien von Begleitpapieren, die Abfrage der Datenbank für Kulturgüter und die Aufnahme von Kontakt zu den Fachleuten von INTERPOL.



gefundene Amphoren vor Albanien vom Autor und seinem Team. Inzwischen wurde die Fundstelle zeitlich ausgeplündert. [FOTO: Elaine Ferritto]

Ein geraubter Kunstgegenstand lässt sich manchmal bis zu einem konkreten Schiffswrack zurückverfolgen, was in einigen wenigen Fällen zur Entdeckung einer bis dahin unbekannt archäologischen Stätte führte.

Wie auch auf dem Land, ist der wahrscheinlich größte Schaden, den Unterwasserplünderung anrichtet, der enorme Verlust an wissenschaftlichen Informationen. Da die Schiffswracks, die im Meer zu finden sind, überwiegend weder Gold noch Silber, sondern Gegenstände des täglichen Gebrauchs wie etwa Nahrungsmittel geladen hatten, sind die meisten Plünderungsversuche von vornherein sinnlos. Um jedoch eine Amphore oder einen Teller unversehrt zu bergen, ist es häufig notwendig, alle darüber liegenden, mit den Sedimenten verschmolzenen Objekte zu zerstören. Destruktive Methoden, wie das Ausbrechen der Jakobsmuscheln, die sich auf den Wracks angesiedelt haben, verursachen unermesslichen Schaden.

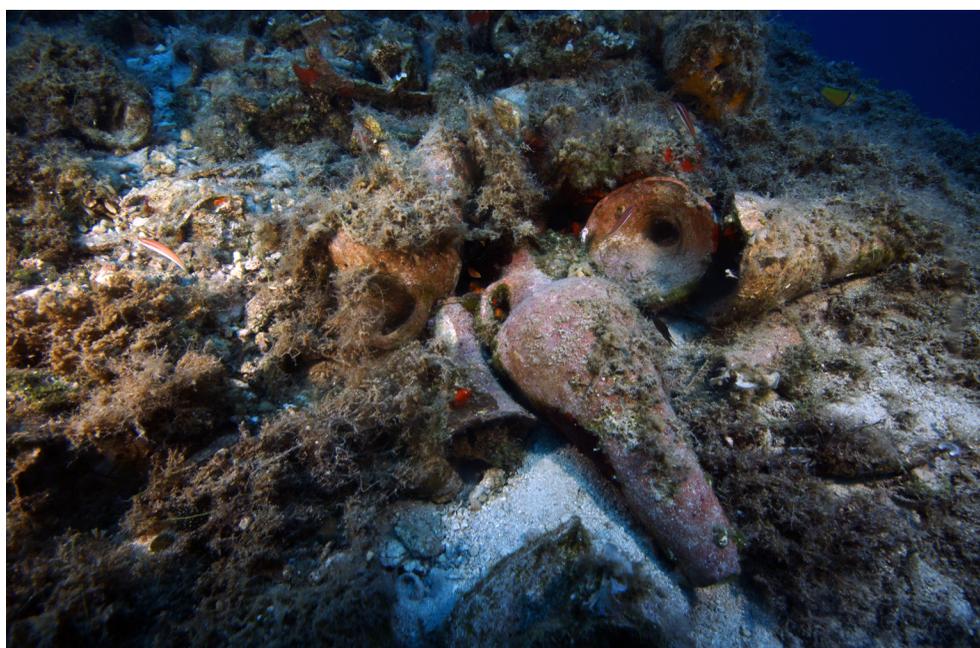
Bereits vor einem halben Jahrhundert erklärte der Pionier der Archäologie, Peter Throckmorton, 1957 zur Zerstörung eines Römerschiffes aus dem ersten Jahrhundert in Frankreich durch ahnungslose Taucher: „Ein ganzes Kapitel der Geschichte der Seeschifffahrt wurde von einem gedankenlosen Taucher – vielleicht auf der Jagd nach nicht vorhandenem Gold – für immer ausgelöscht, nicht in böser Absicht, sondern aus Dummheit, wie ein Kind, das an einem verregneten Nachmittag aus Langeweile Zucker verschüttet. Natürlich wird die Herrlichkeit der Welt eines Tages vergehen, aber muss ihr Untergang mit Dynamit und Vorschlaghämmern beschleunigt werden?“

Als Feldarchäologe habe ich erlebt, wie ganze Schiffswracks auf der Suche nach Wertgegenständen zertrümmert und in einigen Fällen auch gesprengt wurden. Ein einziges zum Kauf angebotenes Artefakt ist oft ein Hinweis auf hunderte andere, die zerstört wurden; die dadurch verlorene Geschichte kann nie mehr zum Leben erweckt werden.

Peter Campbell ist Meeresarchäologe und untersucht Antiquitätenhandelsnetzwerke. Mehr über seine Arbeit ist unter www.peterbcampbell.com

Amphoren aus einem Schiffswrack, das vor der griechischen Inselgruppe Fourni gefunden wurde. Inselbewohner hatten bereits in den 1960er Jahren die Plünderung von Amphoren gemeldet. Der Autor und seine Mitarbeiter machten sich auf die Suche und entdeckten bei ihren Nachforschungen mehrere Wracks. Ein Schiff hatte Amphoren aus dem Schwarzmeerraum aus dem 4. Jh. n. Chr. geladen, ein in der Ägäis einzigartiger Fund. Das griechische Dezernat für antike Raubkunst konnte nachweisen, dass auch Amphoren aus Museen, die illegal gehandelt und beschlagnahmt worden waren, aus der archäologischen Stätte vor Fourni stammten. Das führte letztlich zur Entdeckung vieler weiterer Wracks in diesen Gewässern durch den Autor – im letzten Jahr insgesamt 45 – der größten Konzentration antiker Schiffswracks im Mittelmeer.

[FOTO: Vasilis Mentogianis]



Schutz des kulturellen Erbes im Kosovo

Bausteine für den Frieden

von Päivi Nikander und Valerie Zirl

“Kultur steht an vorderster Front des Konflikts – sie sollte auch an vorderster Front der Friedensarbeit stehen.”

– so die Generaldirektorin der UNESCO, Irina Bokova, in ihrer Rede vor dem Sicherheitsrat

Im Kosovo-Konflikt von 1998/99 ging es – wie bei so vielen Konflikten unserer Zeit – um einen Zusammenprall von Identitäten, das Ergebnis eines Streites zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die sich jeweils über eine gemeinsame Kultur definierten. Auf beiden Seiten gerieten kulturelle und religiöse Monumente als sichtbare Symbole der anderen Gruppe besonders ins Visier. Hunderte Moscheen und andere religiöse Stätten des Islam, historische Basare und eine große Zahl von Kullas, traditioneller albanischer Steinhäuser, sowie serbisch-orthodoxe religiöse Monumente wurden während des Konflikts und danach beschädigt oder zerstört. Als die Gewalttätigkeiten zwischen den Volksgruppen im März 2004 wieder kurz, aber heftig, aufflammten, wurden serbisch-orthodoxe Kirchen und Klöster in verschiedenen Gebieten zur Zielscheibe von Angriffen aufgebrachter Albaner.

Während traditionelle Methoden der Konfliktlösung in erster Linie auf die Überwindung zwischenstaatlicher Interessengegensätze abzielen, erfordern identitätsbedingte Konflikte eine neue Herangehensweise. Im Kosovo war es ein Gebot der Stunde, den Schutz des kulturellen Erbes zu einem Kernelement der Friedenskonsolidierung zu machen.



Erste Maßnahmen

Unmittelbar nach dem Konflikt stand für die internationale Gemeinschaft der physische Schutz religiöser und kultureller Stätten im Vordergrund. 1999 sicherten die NATO-Friedenstruppen die wichtigsten serbisch-orthodoxen Klöster. 2003 machte die Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) den Schutz des kulturellen Erbes zu einer der Vorgaben für die provisorischen Selbstverwaltungsorgane des Kosovo. Alarmiert durch das Wiederaufflammen der ethnischen Gewalt im Jahr 2004, sagte die internationale Gemeinschaft im Folgejahr bei einer von der UNESCO gemeinsam mit dem Europarat und der Europäischen Kommission veranstalteten Geberkonferenz 10 Millionen US Dollar für den Schutz von Stätten des kulturellen und religiösen Erbes zu.

Garantien für den Schutz des religiösen und kulturellen Erbes fanden sich unter anderem in den Leitprinzipien des 2005 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angestoßenen Prozesses zur Bestimmung des künftigen Status des Kosovo. Der Umfassende Vorschlag zur Festlegung des künftigen Status des Kosovo aus dem Jahr 2007 enthielt einen Anhang mit Schutzmechanismen. Obwohl der Vorschlag nicht in einen Friedensvertrag mündete, wurden später die meisten Bestimmungen angenommen, nachdem die Institutionen des Kosovo 2008 einseitig die Unabhängigkeit erklärt hatten. Die wichtigsten dieser Bestimmungen waren die Einrichtung spezieller Schutzzonen rund um über 40 serbisch-orthodoxe Stätten und die Einsetzung eines Implementierungs- und Beobachtungsrats, einer hochrangigen Dialogplattform, die es der serbisch-orthodoxen Führung und der kosovarischen Regierung ermöglicht, Fragen im Zusammenhang mit diesen Zonen zu besprechen.

Die OSZE und der Europarat unterstützten die kosovarischen Institutionen bei der Schaffung der erforderlichen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für den Schutz des kulturellen Erbes. Bis heute ist ein Vertreter der Europäischen Union Kovorsitzender bei den Sitzungen des Implementierungs- und Beobachtungsrats, während die OSZE fachliche Unterstützung bietet.

Vom Schutz zur Aussöhnung

Die Schaffung rechtlicher und institutioneller Mechanismen zum Schutz des Rechts der ehemaligen Gegner auf die Symbole ihrer kulturellen Identität war aber nur ein erster Schritt zur Aussöhnung im Kosovo. Und schon dieser erste Schritt verlangte den Volksgruppenführern und den internationalen Friedensstiftern einiges ab. Die Umsetzung wurde

jahrelang verschleppt, es fehlte an politischer Unterstützung und ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen. Die serbisch-orthodoxe Kirche ließ sich erst nach intensivem internationalem Lobbying auf den Prozess ein. Der Schutz des kulturellen Erbes war ein Randthema.

Doch die von der internationalen Gemeinschaft eingeführten Mechanismen brachten immerhin Bewegung in die Sache. Es kam zu positiven Entwicklungen, die erfreulicherweise über den reinen Schutz materieller Güter hinausgingen und Anstoß zu einem Dialog- und Aussöhnungsprozess gaben.

Nachdem der Implementierungs- und Beobachtungsrat Anfang 2013 regelmäßig zu tagen begonnen hatte, nahmen auch Mitglieder der serbisch-orthodoxen Kirche vermehrt an Treffen auf lokaler Ebene mit Vertretern der Zentralregierung und der örtlichen Verwaltung teil. Führer aller Glaubensgemeinschaften im Kosovo beteiligten sich an einem von der OSZE initiierten interethnischen Dialogprozess und traten gemeinsam für den Schutz der Religionsfreiheit ein.

Die Gemeinden achten immer mehr auf die Einhaltung des für die Schutzzonen geltenden Gesetzes. Immer öfter arbeiten kosovoalbanische Bürgermeister und örtliche Verwaltungsbehörden mit der serbisch-orthodoxen Gemeinschaft in ihren Gemeinden zusammen. Die Tatsache, dass kosovoalbanische Amtsträger – Bürgermeister, Minister und sogar der Präsident – vermehrt serbisch-orthodoxe Stätten besuchen und an religiösen Feierlichkeiten der serbisch-orthodoxen Kirche teilnehmen, bezeichnet eine wichtige Etappe in der Entwicklung konstruktiver Beziehungen zwischen den Volksgruppen.

Ein weiterer wichtiger Schritt vorwärts war die Schaffung einer Sondereinheit der Kosovo-Polizei, die für den Schutz der am meisten gefährdeten Stätten ausgebildet ist und nun fast alle Sicherheitsaufgaben von der internationalen Gemeinschaft übernommen hat.

Es gab aber auch Rückschläge. Die Verwüstung und Schändung serbisch-orthodoxer Kirchen, Friedhöfe und Klöster hat sich nachhaltig auf das Sicherheitsempfinden der Kosovoserben ausgewirkt. Für diese Gewalttaten ist nur ein kleiner Teil der Kosovoalbaner verantwortlich, doch ein weitaus größerer Teil erhebt den Vorwurf, dass ihre Volksgruppe nie eine Entschuldigung oder Entschädigung für die Zerstörung albanischer Stätten im Kosovo während des Konflikts erhalten hat. Die Volksgruppe der Kosovoserben sieht aus verschiedensten Gründen keine gesicherte Zukunft für sich, wenn sie ihre kulturelle Identität nicht ohne Furcht leben und zum Ausdruck bringen kann. Vorfälle wie die Schändung orthodoxer Friedhöfe als Vergeltung für die Zerstörung eines albanischen Monuments in Südserbien, Graffiti mit Drohbotschaften an Mauern und Toren serbisch-orthodoxer Klöster oder die Tatsache, dass serbisch-orthodoxe Pilger beim Besuch religiöser Stätten mit Steinen beworfen werden,

Fünfzehn Jahre internationalen Engagements haben nicht ausgereicht, um das kulturelle Erbe bleibend zu schützen und den Fortbestand der kulturellen Identitäten im Kosovo zu sichern. Nach wie vor besteht die Herausforderung darin, Symbole für unterschiedliche Identitäten zu Bausteinen werden zu lassen, mit denen man Brücken zwischen den Volksgruppen bauen kann.

Das Engagement der OSZE

Die OSZE-Mission im Kosovo, die 1999 als „Pfeiler III“ der UNMIK eingerichtet wurde und nach dem Konflikt in erster Linie für die Schaffung demokratischer Institutionen, rechtsstaatlicher Behörden und von Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte sorgen sollte, nimmt heute zunehmend Initiativen zum Schutz des religiösen und kulturellen Erbes in ihre Programme auf. „Weil Religion ein so wichtiger Teil der ethnischen Identität ist – auch wenn der Konflikt im Kosovo nicht religiös, sondern ethnischer Natur war –, wurden während des Konflikts und danach viele dieser Stätten des religiösen Erbes zerstört oder beschädigt. Aus demselben Grund ist ihr Wiederaufbau und Schutz ein wesentliches Element in den Bemühungen um Aussöhnung und dauerhaften Frieden“, sagt der Missionsleiter, Botschafter Jean-Claude Schlumberger.

Mit einem Team von in der Zentrale in Prishtinë/Priština und den Außenstellen in allen Teilen des Kosovo tätigen Experten verfolgt die OSZE-Mission die Entwicklungen im Umfeld von Stätten des kulturellen Erbes und unterstützt mit den so gewonnenen Informationen die Arbeit des Implementierungs- und Beobachtungsrats. Sie vermittelt zwischen Führern religiöser und politischer Gemeinschaften durch Unterstützung des Dialogs und als neutrale Plattform für die Lösung von Problemen auf zentraler wie auch lokaler Ebene.

Besonders Frauen ermutigt die Mission zur Teilnahme am interreligiösen Dialog und dem Schutz des religiösen und kulturellen Erbes. Damit werden nicht nur willkommene Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch die Voraussetzungen für eine wirksame Friedenskonsolidierung geschaffen. Frauen, die während eines Konflikts nahe Angehörige verloren haben oder selbst Gewalt erfahren haben, sind ein wesentlicher Bestandteil jedes Friedensprozesses.

Die Mission ist sich auch der wichtigen Rolle bewusst, die junge Menschen beim Aufbau von Vertrauen und Toleranz in multikulturellen Gesellschaften spielen können. Kunstwettbewerbe wie etwa der Fotowettbewerb 2015, an denen Studierende verschiedener Volksgruppen gemeinsam teilnehmen, fördern den Sinn für das gemeinsame Erbe und entlarven gängige Klischeevorstellungen über „die anderen“. Sie sind eine Ergänzung zu Bildungsprojekten des Europarats, der Europäischen Union und örtlicher NGOs wie zum Beispiel Cultural Heritage without Borders. Bei organisierten Besuchen an Stätten des kulturellen und religiösen Erbes kommen Studierende oft erstmals mit der Kultur anderer ethnischer Gruppen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft in Berührung. Dass Kinder aus allen Volksgruppen im ganzen Kosovo Stätten

des kulturellen und religiösen Erbes besuchen – und dass ihre Eltern solche Initiativen unterstützen –, ist ein ermutigendes Anzeichen dafür, dass die Mauern zu bröckeln beginnen.

Die Mühe lohnt sich

Die Erfahrungen im Kosovo zeigen, dass der Schutz des kulturellen Erbes notwendiger Bestandteil des Friedensprozesses nach einem identitätsbedingten Konflikt ist, nicht nur, weil sich der Konflikt an kulturellen Symbolen festmachte. Den Schutz des kulturellen Erbes als Hebel zur Überbrückung ethnischer und religiöser Gegensätze einzusetzen, ist eine notwendige Voraussetzung für dauerhaften Frieden in einer Gesellschaft, deren Angehörige bestimmten Elementen ihrer kulturellen Identität größte Bedeutung beimessen.

Schutzmechanismen, die das kulturelle und religiöse Erbe aller Volksgruppen gleichwertig behandeln, werden von der Öffentlichkeit am ehesten angenommen und führen somit mit größerer Wahrscheinlichkeit ans Ziel. Wären mehr als nur eine Handvoll nichtorthodoxer Stätten als Schutzzonen im Kosovo ausgewiesen, fiel es den Grundbesitzern viel schwerer, einer bestimmten Volksgruppe ungerechte Behandlung und Behinderung ihrer sozioökonomischen Entwicklung vorzuwerfen.

Die Pflege des kulturellen Erbes sollte über reine Erhaltungsmaßnahmen hinausgehen. Sie ist von Bedeutung für die örtliche wirtschaftliche Entwicklung, nicht nur als Motor für den Tourismus, sondern auch, weil sie Arbeitsplätze in den Bereichen Restaurierung, Erhaltung, Leitung und Bewerbung dieser Stätten schafft. Wenn dieser Prozess Angehörige aller Volksgruppen einbindet und ihnen unmittelbar zugutekommt, werden sie wahrscheinlich den Wert des kulturellen Erbes ungeachtet seiner religiösen oder ethnischen Zuordnung immer mehr zu schätzen wissen. Ein intelligentes Management im Umgang mit kulturellem Erbe nimmt auch ganz gezielt junge Menschen als dessen künftige Verwalter in die Pflicht.

Auf lange Sicht könnte das kulturelle Erbe sogar zum Entstehen einer gemeinsamen kosovarischen Identität jenseits der religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit beitragen. Hier könnte die internationale Gemeinschaft durch sanften Druck Einfluss nehmen. Entscheidend für ein positives Echo in der Öffentlichkeit ist die Anerkennung für die Gleichwertigkeit und Universalität des Erbes der verschiedenen Volksgruppen im Kosovo durch die internationale Gemeinschaft, etwa durch Aufnahme von Stätten, die kulturelles Erbe aller Volksgruppen darstellen, in die Welterbeliste der UNESCO. Diese internationale Anerkennung könnte sehr gut dazu beitragen, dass die Volksgruppen auf das kulturelle Erbe des Kosovo stolz sind und dass es letztendlich nicht mehr so wichtig ist, wem es gehört.

Päivi Nikander ist Stellvertretende Leiterin der OSZE-Mission im Kosovo. Valerie Zirl war über fünf Jahre politische Beraterin des Leiters der OSZE-Mission im Kosovo.

Weiterführende Lektüre:

Der OSZE-Bericht Challenges in the Protection of Immovable Tangible Cultural Heritage in Kosovo aus dem Jahr 2014 ist unter www.osce.org/kosovo/117276 verfügbar (auf Albanisch, Englisch und Serbisch).



Foto: OSCE/HCNM

20 Jahre Haager Empfehlungen zu Bildungsrechten nationaler Minderheiten

Bildung ist der Raum, in dem Identitäten ausgehandelt werden

Als der erste Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoel, beschloss, vier Jahre der Diplomatie hinter den Kulissen zu einem Katalog von Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten zusammenzufassen, wählte er Bildung zum Schwerpunktthema.

Die „Haager Empfehlungen zu Bildungsrechten nationaler Minderheiten“, vier knappe Seiten, ergänzt durch eine Einleitung und Erläuternde Anmerkungen, unternehmen den Versuch, „den Inhalt der Bildungsrechte von Minderheiten für Situationen, in denen der HKNM beigezogen wird, in relativ einfachen Worten zu beschreiben“, wie es darin wörtlich heißt. Sie können hier www.osce.org/hcnm/32180 heruntergeladen werden.

Die größte Sorge Van der Stoels in den 1990er Jahren waren die vielen Streitigkeiten zwischen Minderheiten und Zentralbehörden im Osten Europas. Als die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten, Astrid Thors, im April letzten Jahres ein von ihr anlässlich des 20. Jahrestages der Haager Empfehlungen einberufenes Expertentreffen eröffnete, nahm sie Bezug auf die Flüchtlingskrise und den wieder zunehmenden Nationalismus und die neu aufgeflammete Fremdenfeindlichkeit in Europa. „Welche Bedeutung hat dieses Dokument heute für uns?“ fragte sie. Hier einige Antworten der teilnehmenden Experten.

Astrid Thors Klarer, praktischer Rat

„In den Haager Empfehlungen gab Max van der Stoel den Teilnehmerstaaten klare, praktische Ratschläge, wie Bildung für nationale Minderheiten organisiert werden kann. Er erklärte, was dabei zu tun ist, und unterstrich, viel früher als viele andere, die Notwendigkeit der Dezentralisierung und dass Schulen, Eltern und Schulgemeinschaft ein maßgebliches Mitspracherecht in der Minderheitenbildung haben müssen. Bildung ist in vielerlei Hinsicht der Raum, in dem Fragen der Gleichberechtigung, der nationalen Identität und das Konzept der Nationsbildung ausgehandelt werden.“

Van der Stoel verwies auch auf die Notwendigkeit eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Integration und dem Unterricht in der Muttersprache und betonte, dass Kinder eine Vorschulerziehung genießen und die Möglichkeit haben sollten, einen ersten theoretischeren Wortschatz in ihrer Muttersprache zu erwerben, bevor andere Sprachen hinzu kommen. Wenn das nicht geschieht, wird die Minderheitenkultur ins Hintertreffen geraten.

In den Haager Empfehlungen geht es in erster Linie um die Unterrichtssprache. Heute, wenn wir im Bildungsbereich arbeiten, sind wir auch mit Fragen der Schuloptimierung, der Gewährleistung von

Qualitätsunterricht für alle Kinder konfrontiert: Wir sehen, wie unterschiedlich verschiedene Gruppen ihre Geschichte sehen und wie schwierig es ist, allen diesen unterschiedlichen Sichtweisen gerecht zu werden. Es ist genauso eine Frage der Toleranz wie der Unterrichtssprache. In diesem Sinn sind die von meinem Vorgänger Knut Vollebaek 2012 herausgegebenen ‚Richtlinien von Laibach zur Integration heterogener Gesellschaften‘ eine nützliche Ergänzung zu den Haager Empfehlungen.

In Zukunft könnten wir daran denken, ein Handbuch über Vielfalt im Bildungswesen zu erarbeiten. Warum ein Handbuch? Bis jetzt haben wir uns vor allem mit der Rechtslage beschäftigt. Nun könnte die Zeit für einen methodischeren Ansatz gekommen sein, die Zeit, uns mit den vielen neuen Methoden zu befassen, die entwickelt wurden, um der Vielfalt im Klassenzimmer Raum zu geben.

Eine der Herausforderungen, die ich sehe, ist die, dass Bildung in den verschiedenen Teilnehmerstaaten sehr unterschiedlich definiert wird. Einige sprechen heute von ‚Lernergebnissen, das heißt, was Kinder in der Schule gelernt haben sollten. Andere nehmen es sehr genau mit dem Inhalt der Lehrbücher. Wir haben es also mit einer großen Bandbreite von Ansätzen zu tun, und auch das müsste in einem Handbuch berücksichtigt werden.“

Astrid Thors ist die ehemalige Hohe Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten.



Foto : OSCE/HCNM

Die Hohe Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten, Astrid Thors, bei einem Expertentreffen anlässlich des 20. Jahrestages der Haager Empfehlungen zu Bildungsrechten nationaler Minderheiten

Fernand de Varennes Ein Menschenrechtsdokument

„Die Haager Empfehlungen waren eine ausgesprochen mutige Entwicklung, heißt es doch darin, dass ‚ein Staat, eine Sprache nicht länger die richtige europäische Antwort auf die sprachliche Vielfalt in Europa ist. Sie sind ein Dokument über Menschenrechte, eine Richtlinie dafür, was Menschenrechtsverpflichtungen im Bereich Bildung und Sprache bedeuten könnten. Als solches wird es von den späteren Richtlinien von Laibach, in denen es um Strategieentwicklung geht, ergänzt, nicht ersetzt.

Seither wurde eine ganze Reihe von Deutungswerkzeugen entwickelt, die uns langsam zeigen, was diese Standards in rechtlicher Hinsicht bedeuten könnten. So deutet etwa der Beratende Ausschuss für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats in seinen Länderberichten an, dass eine Sprache, die von mindestens 15 Prozent der Bevölkerung eines bestimmten Gebiets gesprochen wird, in irgendeiner Weise im Unterricht Verwendung finden sollte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte vor kurzem in Anwendung des Rechts auf Bildung fest, dass jedem die Möglichkeit geboten werden muss, seine Landessprache zu erlernen. Überraschenderweise wurde das zum ersten Mal vom rechtlichen Standpunkt aus klar festgestellt. Es gibt also meiner Meinung nach eine Entwicklung hin zur Einsicht, dass die Bildungsrechte von Minderheiten im Grunde eine Anwendung der Menschenrechte sind. Das ist noch sehr neu. Wir müssen Geduld haben. Aber die Zeit, die Haager Empfehlungen ad acta zu legen, ist sicherlich noch nicht gekommen.

In den Haager Empfehlungen wird festgestellt, dass die ersten Unterrichtsjahre für die Entwicklung des Kindes von überragender Bedeutung sind, und empfohlen, dass die Unterrichtssprache in der

Früherziehung im Idealfall die Sprache des Kindes sein sollte. Zahlreiche wissenschaftliche Studien, die UNESCO, sogar Berichte der Weltbank bestätigen das. Kinder, die mindestens sechs bis zehn Jahre in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden, erwerben Lesekompetenz und Lernfähigkeiten, die sie befähigen, andere Sprachen besser zu erlernen. Außerdem bleiben Minderheiten und Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen umso länger in der Schule, je länger sie in ihrer eigenen Sprache lernen dürfen. Diese Studien sagen auch, dass der Unterricht in der Minderheitensprache über diese ersten Jahre hinaus fortgesetzt werden, ja sogar sich auch auf die höhere Bildung erstrecken sollte, soweit es vernünftigerweise möglich ist. Entgegen der landläufigen Meinung dient Bildung in der Minderheitensprache sogar der Integration. Hier kommt auch ein Genderaspekt ins Spiel: Mädchen aus indigenen Bevölkerungsgruppen oder isolierten Gemeinschaften kamen möglicherweise kaum in Kontakt mit der vorherrschenden Sprache; sie können daher noch mehr als Jungen vom Unterricht in ihrer Muttersprache profitieren.

Viele gewalttätige ethnische Konflikte in der Welt haben mit der Sprache zu tun. Ein Beispiel dafür ist der Konflikt in Südthailand mit der malaiischsprachigen muslimischen Minderheit, der jedes Jahr hunderte Opfer fordert. Zu den Hauptzielen zählen öffentliche Schulen.

Der öffentliche Unterricht in der Sprache einer Minderheit bietet Beschäftigungsmöglichkeiten und erleichtert die Integration von Minderheiten. Ihn vorzuenthalten birgt die Gefahr, dass Formen der Ausgrenzung und Entfremdung entstehen.“

Fernand de Varennes, ein führender Experte für die Menschenrechte von Minderheiten, ist Dekan der Juridischen Fakultät der Université de Moncton (Kanada) und außerordentlicher Professor am Menschenrechtszentrum der University of Pretoria (Südafrika).

Sia Spiliopoulou Åkermark Öffnung für die Vielfalt

„Die Welt hat sich in den 20 Jahren seit den ‚Haager Empfehlungen‘ verändert. Wissen wurde globalisiert; Kommunikation und Wirtschaft kennen keine Grenzen mehr. Das finde ich fantastisch; es ist intellektuell gesehen eine Zeit der großen Herausforderungen. Sie birgt aber auch Gefahren: Sie kann von allen möglichen einseitigen politischen oder finanziellen Interessen instrumentalisiert werden. Wir möchten, dass sich unsere Kinder in dieser neuen, unberechenbaren Welt zurechtfinden. Ich meine, was das Völkerrecht in einer solchen Situation anbieten kann – und deshalb sind die Haager Empfehlungen und die Richtlinien von Laibach so wertvoll – ist, die Interessen des Kindes in den Vordergrund zu stellen.

In den Haager Empfehlungen kam das durch die Rechte der Eltern zum Ausdruck: ‚Die Staaten sollten Maßnahmen ergreifen, durch die die Eltern zur Mitsprache und zur Mitwirkung an der Entscheidungsfindung im Bildungswesen ermutigt werden. Ich halte das in vielerlei Hinsicht für einen sehr klugen Ansatzpunkt, denn das Kind braucht ein sicheres Umfeld, um sich entfalten und den ihm in Zukunft zustehenden Platz einnehmen zu können. Aber auch unser Verständnis hat sich in den letzten 20 Jahren gewandelt. Heute sehen wir eher die Rechte des Kindes im Mittelpunkt, denn Eltern können manchmal andere Prioritäten setzen oder anderen Belastungen ausgesetzt sein.

Das Paradigma des Nationalstaats, das im 19. Jahrhundert entstand, gerät unter Druck. Trotzdem gibt es, vor allem in Europa, eine starke Tradition des allgemeinen Rechts auf Bildung, und auf dieser Tradition sollten wir aufbauen. Die Gewährleistung des Rechts auf Bildung liegt in der Verantwortung des Staates. Er muss es sich selbst erlauben, sich zu öffnen, und in der Bildung junger Menschen etwas sehen, das über nationale, ethnische und religiöse Grenzen hinausgeht.

Vielfalt ist keine politische Option sondern eine Tatsache. Früher oder später werden wir uns damit beschäftigen müssen. Die Frage lautet: Wie bauen wir auf den positiven Errungenschaften im Bildungswesen in Europa auf und ergänzen es durch Vielfalt?“

Sia Spiliopoulou Åkermark ist Direktorin und Forschungsleiterin am finnischen Friedensinstitut der Åland Inseln.

Jan de Groof Bildung zuerst

„Max van der Stoel bewies große Weitsicht, als er Bildung zum Schwerpunkt der Haager Empfehlungen machte. Zur Bewältigung des Übergangs von einem nichtdemokratischen Regime zur Demokratie muss man zu allererst die sensibelste, die schwierigste Frage angehen, und das sind die Schulen und das Bildungswesen. Innerhalb der Schulen muss man Raum für Vielfalt schaffen. Und dann kann man versuchen, als Gesellschaft erfolgreich zu werden.

Doch Konsens in der Schulpolitik zu erreichen, ist außerordentlich schwierig. Alle Konflikte in einer Gesellschaft – ob kulturell, religiös, sprachlich oder sozio-ökonomisch bedingt – spiegeln sich unweigerlich in der Bildung wider.

In meinem Land, Belgien, zum Beispiel fiel es dem Staat schwer, die drei Sprach-gemeinschaften – die flämische, französische und deutsche – anzuerkennen. In den 1950er Jahren gab es einen sogenannten Schulkrieg, einen gesellschaftlichen Konflikt zwischen Katholiken, Freimaurern, dem Norden und dem Süden. Schließlich wurde 1958 ein Pakt geschlossen. Der Staat stimmte zu, konfessionelle Schulen unter der Bedingung mitzufinanzieren, dass sie die Gesetze über Qualität und Gleichberechtigung einhielten und dass ihre Lehrer über die erforderlichen offiziellen Diplome verfügten. Erst als diese Einigung über das Bildungswesen erreicht war, wurden Kompromisse in anderen Bereichen möglich.

Die Ankunft von 200 000 neuen Migrantenkinder stellt Europa heute vor eine ungeheure Herausforderung im Bildungsbereich. Was sollen wir also tun? Zu allererst müssen wir sie aufnehmen und die Grundrechte der Flüchtlinge und sogenannten illegalen Migranten achten. Wir müssen die vorrangige Rolle der Bildung für ihre Zukunft und auch für die Zukunft der Gesellschaft anerkennen.

Wir können das als eine enorme Chance sehen. Einige Länder, etwa Deutschland, tun das. Sie schaffen zum Beispiel massenhaft Studienplätze an Hochschulen. Das ist die einzig mögliche Reaktion. Zögerlich zu reagieren, ist keine Option.

Werden die europäischen Staaten in der Lage sein, die grundlegenden Bildungsbedürfnisse der Neuankömmlinge zu befriedigen? Die Frage ist dringend. Wir müssen investieren, Kapazitäten schaffen, Lehrer ausbilden. Andernfalls wird es zu Spannungen, Enttäuschungen kommen und Europa wird scheitern. Das wird das sensibelste Thema für Europa in den kommenden Jahrzehnten sein.“

Jan de Groof ist Gründer und Präsident der European Association for Education Law and Policy (ELA). Er ist Universitätsprofessor und geschätzter Konsulent von internationalen Organisationen und nahm an mehreren diplomatischen Missionen des ersten Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoel, teil.

Fragen und Antworten mit Joke van der Leeuw-Roord

Wie kann Geschichtsunterricht die Welt von heute verändern?

Im letzten Teil der Haager Empfehlungen, der sich mit der Lehrplanentwicklung befasst, wird den Staaten nahegelegt, dafür Sorge zu tragen, dass die Geschichte, die Kultur und die Traditionen ihrer nationalen Minderheiten in ihren Schulen gelehrt werden. Und genau das zu fördern haben sich Joke van der Leeuw-Roord und die von ihr gegründete Organisation, der Europäische Verband der Geschichtslehrerverbände (EUROCLIO), schon 1992 zur Aufgabe gemacht.

Welches Ziel verfolgt EUROCLIO?

EUROCLIO bringt Menschen zusammen, die sich mit der Weitergabe der Geschichte und des kulturellen Erbes an eine jüngere Generation befassen. Wir sind in vielen Ländern in Europa und über seine Grenzen hinaus aktiv, vor allem dort, wo es Spannungen zwischen Volksgruppen oder noch vor kurzem gewalttätige Konflikte gab. Wir gründen Netzwerke zur Förderung eines inklusiven geschichtlichen Ansatzes. In manchen Ländern arbeiten wir hauptsächlich mit Geschichtslehrern, in anderen mit Wissenschaftlern und Museumsleuten. In Bosnien und Herzegowina zum Beispiel ist es eine sehr gemischte Gruppe, die meisten haben Geschichte studiert; nach dem Krieg waren sie jung und wollten gemeinsam verhindern, dass die schreckliche Vergangenheit Teil der Gegenwart wird. Es beeindruckt zutiefst, wie es ihnen gelungen ist, ihren persönlichen Schmerz mit einer soliden professionellen Herangehensweise zu verbinden.

Neben der Schaffung von Netzwerken bieten wir Möglichkeiten einer beruflichen Weiterentwicklung, indem wir in den Pädagogen das Bedürfnis nach lebenslangem Lernen wecken. Drittens befassen wir uns mit der Frage der Lehrmittel. Als Geschichtslehrer fragen wir uns: „Wie können wir verantwortungsvoll Geschichte unterrichten, ohne manches überzubetonen und anderes zu vernachlässigen? Und wie können wir das Erlernen von Geschichte attraktiv machen? Unser Ziel ist es, Geschichte zu einem Unterrichtsfach zu machen, von dem die Schüler sagen: „Das hat mir etwas für mein Leben mitgegeben.“

Wie kam es zur Gründung von EUROCLIO?

1991 organisierte der Europarat das erste gesamteuropäische Treffen zum Thema Geschichtsunterricht nach dem Fall der Berliner Mauer.

Damals war ich Präsidentin des niederländischen Geschichtslehrerverbandes und meine Regierung hatte mich gebeten, an dem Treffen teilzunehmen. Am ersten Abend saß ich neben dem Direktor für Bildung des Europarates und der drehte sich zu mir um und sagte: „Wissen Sie, jetzt arbeiten wir schon so lange, seit dem Ende der 1940er Jahre, mit Regierungen zusammen, aber im Grunde haben wir sehr wenig erreicht. Können Sie nicht versuchen, eine Organisation auf die Beine zu stellen, die mit Leuten arbeitet, die tatsächlich Geschichte unterrichten?“ Ich selbst bin mehr oder weniger im Schatten des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges aufgewachsen und der Fall der Berliner Mauer war für mich ein wichtiges persönliches Erlebnis. Dieses Ersuchen brachte deshalb in mir eine Saite zum Klingen und ich dachte, OK, ich werde es versuchen. Noch bei der Konferenz nahm ich Kontakt zu Leuten auf und fragte sie: „Vertreten Sie eine Vereinigung?“ Sie dürfen nicht vergessen, es war die Zeit vor dem Internet, also musste ich Adressen auf Zetteln sammeln. Und dennoch hatten wir binnen eines Jahres 17 Organisationen gefunden, die sagte, „ja, wir wollen zusammen arbeiten.“

Welche neuen Einsichten hat Ihnen diese Zusammenarbeit gebracht?

Schon damals in diesem ersten Jahr haben wir viel gelernt. Zuerst ging es ausschließlich um diese „armen Menschen aus dem Osten“ und dass wir ihnen helfen müssen, mit der Geschichte richtig umzugehen. Doch dann wurde uns klar, dass nicht nur unsere Kollegen aus den einstigen Ostblock-Ländern politischen Vorurteilen ausgesetzt waren. Diese Einsicht dämmerte uns erst, als Kommunisten zu einem unserer ersten Mitglieder, dem Präsident einer belgisch-flämischen Organisation, sagten: „Oh, ihr hattet 1918 diese großen revolutionären Tage“,

und er antwortete: „Nein, das stimmt nicht.“ Drei Wochen später rief er mich an. „Joke“, sagte er, „es ist wirklich wahr – und wir haben nie davon gehört. Das wird in unserer Geschichte vollkommen totgeschwiegen!“

So wurde uns klar, dass wir uns eigentlich alle unter einem politischen Schirm bewegen und dass es in jedem Land, in jeder Gemeinschaft, ein Muster von Vorurteilen gibt. Durch unsere gemeinsame Arbeit lernten wir, dieses Muster zu erkennen, und es wurde für uns zur Herausforderung zu verhindern, dass es missbraucht wird. Das erste Element in diesem Muster ist Stolz. Man ist stolz auf seine Geschichte. Ein Brite oder eine Britin zum Beispiel wird Ihnen sagen, dass in Großbritannien der Stolz auf die eigene Geschichte an erster Stelle steht. Das zweite Element ist das Gefühl, Opfer zu sein. Und wenn Sie in einem Land wie Estland sind, werden Sie das immer als erstes erwähnen. Diese ersten beiden Elemente hängen also in gewisser Weise davon ab, wo Ihr Land im gesamtgeschichtlichen Kontext steht. Das dritte Element ist: „Was wir anderen angetan haben, wird immer unter den Teppich gekehrt; es ist schwer, darüber zu reden.“ Und das letzte schließlich ist: „Alles, was nichts mit unserer eigenen Geschichte zu tun hat, geht uns nichts an.“ Wenn Sie also in den Niederlanden leben, wissen Sie nichts über Norwegen oder über Afrika, außer es gab eine koloniale Verbindung.

Mit welchen praktischen Herausforderungen waren Sie bisher konfrontiert?

Eine Schwierigkeit, die wir fast überall angetroffen haben, war es, die richtige Mischung von Fachwissen zu finden, wenn wir ein Projekt in Angriff genommen haben. Man fragt nach guten Leuten und man bekommt sie, aber ... Es beginnt mit der Gender Balance. Wenn Experten zusammenkommen, hat man oft das Problem, dass es lauter Männer sind, aber in der Bildung sind es oft nur Frauen! In Ländern mit einem ausgeprägten Sinn für Unabhängigkeit wie Georgien, der Ukraine, Lettland und Estland wiederum hat man es oft nur mit einer Titulargruppe zu tun, die nicht wirklich die ganze Bevölkerung repräsentiert. In Lettland oder Estland zum Beispiel ist ein großer Teil der Bevölkerung russischsprachig, und die wollen wir auch erreichen. Und sofort zeigt sich das Sprachenproblem. So hatten wir etwa Ende der 1990er Jahre eine Arbeitsgruppe in Estland, die sagte, sie wollten untereinander nicht Russisch sprechen. Also wurde beschlossen, nach einer Englisch sprechenden Person aus der russischsprachigen Gemeinschaft zu suchen. Aber es stellte sich heraus, dass Englischkenntnisse allein eine Person nicht unbedingt zu einem guten Lehrer machen. Schließlich gelang es der Gruppe nach viel emotionalem Widerstand, die Notwendigkeit von gutem Material über ihren Wunsch nach Kommunikation in der Landessprache zu stellen.

Eine weitere Schwierigkeit sind die Geberwünsche. Viele unserer Projekte sind in ehemaligen Ostblockländern, denn dort ist Finanzierung vorhanden, obwohl auch in Westeuropa wichtige Arbeit zu leisten wäre, wie sich heute nur allzu deutlich zeigt. Geber sehen nicht immer das ganze Bild. Außerdem verlangen Projektspezifikationen oft, dass eine bestimmte Kombination von Ländern einbezogen wird, selbst in Fällen, in denen es unserer Meinung nach günstiger wäre, mit einem lokalen Projekt zu beginnen, um zuerst Grundkompetenz für die Vermittlung der Geschichte und des kulturellen Erbes der Bürger aufzubauen.

Worin sehen Sie die größten Errungenschaften von EUROCLIO?

Die eigentliche Leistung unserer Organisation war es, zivilgesellschaftliche Organisationen aufzubauen: Heute haben wir über 70 in 55 verschiedenen Ländern. Wir haben Tausende Kollegen ausgebildet, von denen viele inzwischen wichtige Positionen in ihren politischen und Bildungssystemen innehaben. Sie wurden Pädagogen, Denker und Historiker, die wirklich fähig sind, Geschichte zu hinterfragen, weit mehr, als sie es zehn oder zwanzig Jahre zuvor in der Schule oder auf der Universität gelernt haben.

Geschichte ist immer eine Frage der Perspektive. Besonders auf dem Balkan überschneiden sich die von Nationalisten gezogenen Grenzlinien. Es gibt immer einen Moment in der Geschichte, in dem man eine Linie ziehen und sagen kann: „Das gehört alles uns“. Wir versuchen, die Menschen darüber nachdenken zu lassen. Aber das gilt nicht nur für den Balkan. Die werden immer als die Bösen dargestellt. Auch die Wahrnehmung der Deutschen, Belgier oder Niederländer in Bezug auf ihre Grenzen hat sich verändert, wenn auch nicht zum selben Zeitpunkt in ihrer Geschichte. Es ist für uns in Westeuropa sehr wichtig, dass wir uns nicht als die zivilisierten Länder darstellen, die die Wildnis zähmen – es ist zu primitiv, so zu denken.

Viel Forschungsarbeit, die notwendig ist, um die Dinge vom Standpunkt der Anderen zu sehen, steht noch aus. Ich sage jungen Historikern immer: Seht euch nach Forschungsfeldern um, die wichtig sind, wenn auch nicht so in Mode. Wir brauchen wirklich fundierte Fakten. Geschichte ist Interpretation, aber sie muss sich auf Fakten stützen.

Joke van der Leeuw-Roord, eine prominente Expertin für Bildungsfragen, innovative Methoden und transnationale Geschichte, ist die Gründerin und Sonderberaterin des Europäischen Geschichtslehrerverbandes (EUROCLIO).

European
Association of
History Educators

<http://euroclio.eu>



Foto: ESRI

Die Mission in Serbien

Inklusion der Roma im Bildungsbereich

Um die Minderheit der Roma in Serbien zu integrieren, ist es ganz wichtig, Roma-Kinder beim kontinuierlichen Besuch einer Bildungseinrichtung zu unterstützen. Der Anteil der Roma mit Grundschulabschluss erhöhte sich von 29 Prozent im Jahr 2002 auf 33 Prozent im Jahr 2011. Hingegen schlossen 2011 nur 11 Prozent die Sekundarstufe ab. Es sind bei Mädchen und Jungen unterschiedliche Gründe, die sie zum Abbruch der Sekundarstufe veranlassen. Bei Roma-Mädchen sind es eine frühe Verheiratung, wirtschaftliche Not und der von der Gemeinschaft ausgehende Druck, um nur einige der wichtigsten Gründe zu nennen; Jungen brechen die Schule eher deshalb ab, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Valjevo, eine Stadt in Westserbien, ist es mithilfe eines laufenden mit 4,8 Millionen aus EU-Fördermitteln dotierten Projekts, European Support for Roma Inclusion (ESRI), gelungen, im Bildungsbereich Verbesserungen betreffend die Roma zu bewirken, wobei allerdings die beiden größten Probleme der Roma-Gemeinde, Beschäftigung und Zugang zu Wohnraum, nach wie vor ungelöst sind. Das wurde im Januar 2016 bei der Präsentation der Arbeit der gemeinsamen mobilen Beratungsteams festgestellt, die Teil des Projekts sind. Die Teams bestehen aus kommunalen Roma-Koordinatoren, pädagogischen Assistenten, Gesundheitsmediatoren sowie Vertretern der Sozialhilfzentren und der nationalen Arbeitsvermittlungsstelle. Valjevo ist eine von 20 Pilotstädten und -gemeinden, deren Bürgermeister im Februar 2014 das Memorandum of understanding unterzeichnet haben, um sie zu unterstützen.

Die breit aufgestellten mobilen Beratungsteams entsprechen dem umfassenden, aus mehreren Elementen bestehenden Ansatz des ESRI-Projekts. Das Projekt wird unter dem Motto *We Are Here Together* von der OSZE-Mission in Serbien in Abstimmung mit dem Serbischen Büro für Menschen- und Minderheitenrechte durchgeführt. Es geht auf die nachhaltigsten Seiten der Ausgrenzung der Roma ein, angefangen vom fehlenden Zugang zu ganz grundlegenden Rechten wie angemessener Gesundheitsversorgung, Bildung und staatlichen Sozialleistungen bis hin zu den Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Für die OSZE-Mission schließt die Arbeit im Rahmen von ESRI an die zehnjährige Tätigkeit zur Integration der Roma an, insbesondere im Bereich der Ausbildung pädagogischer Assistenten und von Gesundheitsmediatoren und der Unterstützung für die Koordinierung der kommunalen Dienste. Eine der anhaltenden Herausforderung, mit denen die Mission konfrontiert ist, war die Förderung der Koordinierung zwischen den verschiedenen für diese Programme verantwortlichen Stellen. Lloyd Tudyk, der das ESRI-Projekt in der OSZE-Mission leitet, erklärt, dass „sich die meisten Maßnahmen zur Integration der Roma in Serbien zu Beginn dieses Großprojekts auf ein oder zwei Themen bezogen, also entweder ausschließlich dem Zugang zu Bildung oder der Arbeitslosigkeit gewidmet waren. Diese beiden Jahre haben gezeigt, dass ein umfassender Ansatz besser funktioniert.“

Petar Antic, der die mobilen Teams in der OSZE-Mission berät, bezeichnet die Ergebnisse in Valjevo als bedeutsam: „Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Stellen funktioniert nun viel besser, vor allem zwischen dem Sozialhilfzentrum, der nationalen Arbeitsvermittlungsstelle, Schulen, Gesundheitseinrichtungen und der Kommunalverwaltung.“ Ein wesentlicher Teil der Arbeit der mobilen Beratungsteams ist die Förderung des Schulbesuchs von Roma. Es ist den Bemühungen der Teams zu verdanken, dass inzwischen mehr als 1200 Roma-Kinder zu vorschulischen Bildungseinrichtungen angemeldet wurden.

Der Roma-Koordinator von Valjevo, Dejan Marinković, stellt fest, dass Roma mit besserer Schulbildung auch bessere Chancen bei potenziellen Arbeitgebern haben, was wiederum das Wohnraumproblem und viele andere Probleme lösen würde. „Ohne Bildung keine Arbeit, ohne Arbeit keine Wohnung und auch kein Zugang zum Gesundheitswesen – diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen“, meint er.

Ein Teil des ESRI-Projekts widmet sich der Aufgabe, den Schulabbruch auf der Sekundarstufe zu verhindern. 667 leistungsschwache Schüler und damit potenzielle Schulabbrecher erhielten während zwei Schuljahren ein Stipendium. Das Programm wurde vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und technische Entwicklung durchgeführt und von der OSZE-Mission und dem Roma Education Fund unterstützt.

191 pädagogische Assistenten und 194 Mentoren trugen wesentlich dazu bei, die Teilnahme von Roma am Bildungsprozess zu erhöhen. Die pädagogischen Assistenten, die mit ihrer Teilnahme am Projekt auch Zeugnisse erwarben, erteilten den Roma- und Nichtroma-Kindern in erster Linie Nachhilfe für den Unterrichtsstoff. Die Mentoren, denen die Arbeit im Rahmen des Projekts ebenfalls für ihre Ausbildung angerechnet wurde, halfen den Schülern mit Stipendium bei der sozialen Eingliederung und der Lösung persönlicher und familiärer Probleme. „Es geht darum, diesen sozial benachteiligten Kindern Beständigkeit und hochwertige Bildung zu geben, sie die Achtung von Vielfalt zu lehren, multikulturelle Werte zu entwickeln und kulturelle Identität zu fördern“, fasst der pädagogische Assistent Vojke Zorica Jovanovic zusammen.

Das im Juni 2016 abgeschlossene Programm zur Verhinderung des Schulabbruchs wird vom Bildungsministerium mit Hilfe von EU-Fördermitteln fortgesetzt werden. Die mobilen Teams werden ihre Arbeit fortsetzen; es ist sogar ein Ausbau des Netzwerks geplant.

In den Sekundarschulbereich zu investieren heißt, armen und ausgegrenzten Kindern einen besseren Start ins Leben zu ermöglichen. Der Zugang zu Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht, ihn zu verbessern zeugt auch von klugem Wirtschaften, durch das die Arbeitsproduktivität langfristig erhöht wird, was wiederum dazu beiträgt, den Kreislauf der generationenübergreifenden Armut zu durchbrechen, von dem die ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen von Europa besonders stark betroffen sind. Die Förderung einer integrativen Bildung trägt zusammen mit dem ganzheitlichen Konzept von ESRI dazu bei, die Chancen vieler Roma-Kinder in Serbien deutlich zu erhöhen.

Dieser Artikel wurde von Liudmila Tsiklis, Praktikantin in der Unterabteilung Kommunikation und Medienbeziehungen des OSZE-Sekretariats, anhand der Informationen verfasst, die Lloyd Tudyk, Leiter des ESRI-Projekts in der OSZE-Mission in Serbien, lieferte.

Die OSZE-Akademie in Bischkek

von Bermet Sarlikowa und Pal Dunay

In Zentralasien gibt es ein einzigartiges Bildungsprojekt – die OSZE-Akademie in Bischkek. Sie wurde 2002 auf Initiative Kirgisistans gegründet, um die Zusammenarbeit in einem Teil der OSZE-Region, in der Austausch und Rivalität noch immer Hand in Hand gehen, zu fördern. Im Laufe der Jahre hat sie ihre Aktivitäten aufgrund der steigenden Nachfrage schrittweise ausgeweitet. Neben zwei Master-Studiengängen (MA) für Politik und Sicherheit sowie für volkswirtschaftliche Governance und Entwicklung gibt es kürzere maßgeschneiderte Lehrgänge für Fachkräfte und zum Thema Dialog mit Politikern, Diplomaten und Experten.

Das letzte Jahr war besonders arbeitsreich, mussten doch die Grundlagen der Akademie erneuert werden. Die Vereinbarung von 2004 über die formale Gründung der Akademie wurde im Sinne neuer Entwicklungen geändert und am 31. Mai 2016 vom Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier, und dessen kirgisischem Amtskollegen Erlan Abdyl daew erneut unterzeichnet.

Die vom Kuratorium beschlossenen Statuten der Akademie wurden vom Justizminister der Kirgisischen Republik genehmigt und es wurde eine neue Bescheinigung über die staatliche Registrierung als juristische Person ausgestellt. Die beiden MA-Studiengänge erhielten die Akkreditierung und Zulassung durch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, wodurch die Zukunft der OSZE-Akademie in den kommenden Jahren gesichert ist. Kirgisistan unterstützt

die OSZE-Akademie auf mannigfaltige Weise, unter anderem durch die unentgeltliche Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Die höchste Anzahl von Bewerbungen aller Zeiten

Für das Studienjahr 2016/2017 gingen bei der OSZE-Akademie 1194 Anmeldungen ein, so viele wie noch nie. Zweiunddreißig Studierende (davon 16 Frauen) wurden für den Lehrgang Politik und Sicherheit und 25 (davon 9 Frauen) für Governance und Entwicklung im Wirtschaftsbereich angenommen.

Die meisten Studierenden kommen aus Zentralasien. Seit 2009 gibt es einige aus Afghanistan, einem OSZE Kooperationspartner, und seit kurzem auch aus dem jüngsten OSZE-Teilnehmerstaat, der Mongolei. Bis 2016 zählte die OSZE-Akademie 331 Absolventen, davon 185 Frauen (sieben aus Afghanistan) und 146 Männer. Der Anteil der Frauen an den Kursen der Akademie übersteigt regelmäßig denjenigen der Männer. Das ist sehr wichtig in einer Region, in der Frauen nur mit größter Anstrengung unter nicht unbedingt günstigen Bedingungen ihr Bestes erreichen können.

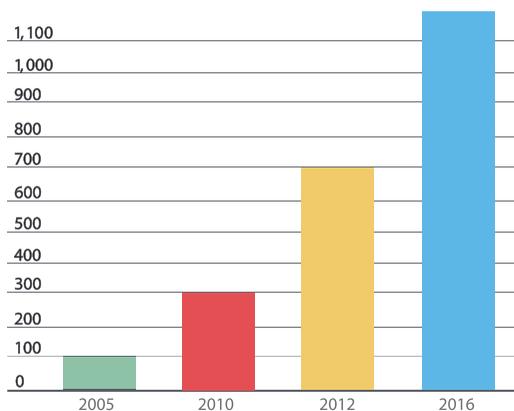
Konferenzen und Forschung

Die OSZE-Akademie veranstaltet seit sieben Jahren eine jährliche Sicherheitskonferenz, bei der Experten aus der Region und von außerhalb unter der Chatham-House-Regel offen über regionale Sicherheitsfragen diskutieren. 2014 war die Akademie auch Gastgeber einer wissenschaftlichen Konferenz. Ausgewählte Referate werden in Kürze in der Fachzeitschrift *Central Asian Survey*, die nach dem Peer Reviewing verfährt, veröffentlicht.

Für den 6. Oktober ist eine weitere Konferenz zum Thema Post-Communism 25+ in Central Asia geplant, die in Issyk Kul (Kirgisistan) stattfinden wird.

Die OSZE-Akademie fördert Forschungsarbeiten angehender Experten, auch ihrer eigenen Absolventen. Seit 2014 erscheinen die Central Asian Policy Briefs monatlich. Die meisten Autoren sind angehende Experten aus Zentralasien, die in der Region arbeiten.

Anzahl der Anmeldungen 2005 - 2016



Weiterbildungschancen

Die OSZE Akademie bietet ihren Absolventen verschiedene Praktika und Stipendien an. Im Rahmen des 2010 eingeführten Junior Public Officers Programms können Absolventen mit einem MA in Politik und Sicherheit ein Praktikum in den Außenministerien Kirgisistans, Kasachstans, Tadschikistans oder Afghanistans machen. Seit 2016 stehen für kirgisische Absolventen des Lehrgangs volkswirtschaftliche Governance und Entwicklung Praktikumsplätze im Amt für Investitionsförderung des Wirtschaftsministeriums zur Verfügung.

Die OSZE-Akademie und die Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE/PV) unterzeichneten am 10. August 2016 eine Vereinbarung, die jedes Jahr einem/einer Absolventen/Absolventin ein sechsmonatiges Forschungsstipendium im OSZE/PV-Sekretariat in Kopenhagen ermöglicht. Stipendien beziehungsweise Forschungsstipendien stellen ferner das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik und das Norwegische Institut für internationale Angelegenheiten zur Verfügung.

Was aus Absolventen wurde

Laut der jährlichen Absolventenbefragung und zusätzlichen Recherchen leben und arbeiten 71 Prozent der ehemaligen Studierenden der OSZE-Akademie in Zentralasien und Afghanistan. Zweiundachtzig Prozent sind in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt, 22 sind in Führungspositionen tätig. Viele angestellte Absolventen/Absolventinnen verfolgen eine Laufbahn in internationalen Organisationen, gefolgt vom Privatsektor, Bildung und Forschung, dem öffentlichen Sektor und gemeinnützigen Organisationen.

Finance

Das Jahresbudget der OSZE-Akademie in Höhe von knapp einer Million Euro wird mit größter Sorgfalt aufgeteilt und ausgegeben. Fast 20 Prozent kommen aus dem OSZE Gesamthaushalt, ein Beweis für das kontinuierliche Engagement der 57 Teilnehmerstaaten.

Bermet Sarlikowa ist Kommunikationskoordinatorin und Pal Dunay ist Direktor der OSZE Akademie in Bischkek.

Weiterführende Lektüre:

Besuchen Sie die Website der OSZE Akademie: osce-academy.net

Central Asia Policy Briefs finden Sie hier:

osce-academy.net/en/research/policy-briefs/

WAS MEINEN SIE?

Die Bedeutung der Wirtschaftsdimension

In der Ausgabe 2/2015 des Magazins Sicherheitsgemeinschaft erregte die Analyse von Professor Kurt P. Tudyka unter dem Titel „Zweiter Korb – wohin führt der Weg?“ mein Interesse. Aufgrund meiner Erfahrung als Diplomat, der aktiv in die Vorbereitung und das Follow up der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eingebunden war, möchte ich auf zwei Themen eingehen, die der Autor angesprochen hat: Erstens auf die breite Fächerung des zweiten sogenannten Korbes der Schlussakte von Helsinki, die aus heutiger Sicht überraschend erscheinen mag, und zweitens auf die gegenwärtigen Aktivitäten vieler Institutionen und Gruppen im Wirtschaftsbereich, die laut Professor Tudyka die Rolle der OSZE im Wirtschafts- und Umweltbereich unklar machen.

Die Tatsache, dass wirtschaftliche Fragen in der Schlussakte von Helsinki so breit gefächert Eingang gefunden haben, war kein Zufall. Verantwortlich dafür waren hauptsächlich die kleineren Teilnehmerstaaten, vor allen die neutralen und nicht paktgebundenen (NNA) Länder, die sehr viel zum Inhalt des zweiten Korbes beigetragen haben. Gemeinsam mit den Delegationen der Warschauer-Pakt-Länder halfen sie mit, den Grundsatz der Zusammenarbeit und dessen Aufnahme in die zehn Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, durchzudrücken – besonders wichtig für gute Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie Umwelt. Die Spannungen abzubauen war ein vordringliches Anliegen.

Das zeigte sich noch deutlicher beim Folgetreffen in Wien von 1986 bis 1989, bei dem ich dafür verantwortlich war, den tschechoslowakischen Vorschlag betreffend die Einberufung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsforums voranzutreiben, und bei dem ein breit gefächertes Programm für Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Umweltbereich verabschiedet wurde. Ich bin froh, dass diese unsere Vorschläge sich nicht in Luft aufgelöst haben. Das Wirtschafts- und Umweltforum steht bis zum heutigen Tag regelmäßig auf der Agenda der OSZE.

Damals setzte man große Hoffnungen in die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, vor allem in unserem Teil Europas. Aber nach den tiefgreifenden Veränderungen in Mittel- und Osteuropa verlor die Rolle der neutralen

Länder als Moderatoren an Bedeutung. Die Arbeit verschiedener mit Wirtschaftsfragen befasster Interessengruppen und Institutionen verdrängte die OSZE aus dem Rampenlicht, die sich dennoch weiter einer Reihe innovativer Aktivitäten widmete. Das Konsensprinzip wurde zunehmend vernachlässigt. Aspekte der Macht – militärischer, finanzieller sowie wirtschaftlicher Art – scheinen sich durchgesetzt zu haben. Es sieht leider so aus, als sei das heutige Europa in eine andere Art von Kaltem Krieg zurückgekehrt.

Ich möchte nicht die Ursachen dieser Situation diskutieren. Ich habe immer versucht, positive Lösungen und Möglichkeiten zu finden, um die OSZE voranzubringen. Die Wirtschaftsdimension des KSZE-Prozesses spielte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Grundsatzes der gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Sie hatte stets direkte Auswirkungen auf andere Bereiche, die militärische Sicherheit und die Menschenrechte. Deshalb sollte sie auch heute noch eine positive Rolle spielen.

Stattdessen wurde, auf einer anderen Plattform, die Entscheidung getroffen, Wirtschaftssanktionen zu verhängen. Die Wirtschaft der kleineren Länder hat am meisten darunter zu leiden. Sie sollten den Rahmen der OSZE dazu nutzen, um Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben, die Sanktionen aufzuheben.

Jiří Opršal, Tschechische Republik

Eine echte Rolle für alle Länder

Seit langem ist in Europa und über dessen Grenzen hinaus ein eher trauriges Szenario zu beobachten. Es wurde kein echtes Konzept für die Integration der postkommunistischen Länder, aller postkommunistischer Länder, in die globale internationale Ordnung entwickelt. Offensichtlich werden sich die Länder, die in der Vergangenheit eine führende Rolle gespielt haben, nicht damit abfinden, überhaupt keine Rolle mehr zu spielen. Um zu dieser Feststellung zu gelangen, braucht man keine militärische Strategie, nur Psychologie. Aber wenn man bedenkt, dass das Militär die Aufgabe hat, Konflikte zu verhindern, nicht zu verursachen, sollte jeder Militärstrategie gleichzeitig Psychologe sein.

Bisher wurde der einzige Erfolg in so komplizierten Angelegenheiten vor vielen Jahren erreicht, als ein polnischer General und Minister für auswärtige Angelegenheiten, Adam Rapacki, die regelmäßige Abhaltung einer internationalen Konferenz, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der späteren OSZE, vorschlug.

Es liegt an den demokratischen Länder, Lösungen vorzuschlagen, die den Ländern aus Mittel- und Osteuropa den Weg weisen – wie sie sich verhalten sollen, welche neuen Plattformen sie bilden sollen, worauf sie hoffen können, wie sie ihre frühere Rolle in eine neue Rolle umwandeln sollen. Wenn es keinen offiziellen Vorschlag gibt, dann schafft das „Universum“ seine eigenen, oft chaotischen Vorschläge.

Agnieszka Laskosz, Wrocław, Polen

Zur Lektüre empfohlen

Mer Noire von Dov Lynch

„Er wartete gespannt auf den ersten Blick auf das Schwarze Meer, nach einer Talwende, der Ausfahrt aus einem Tunnel. Er wollte seine Farbe sehen. War es wirklich schwarz? In seiner Phantasie sah es aus wie ein aus dem Meer auftauchender Delfin. Sein Vater hatte ihm gesagt, es sei ein vergiftetes Meer. Zweitausende Meter tief, aber 90 Prozent seiner Masse ohne Leben, erstickt durch die Konzentration von Hydrogensulfat, das aus den vielen Abfällen von den Zubringerflüssen zugeführt wird – der Donau, dem Dnjepr, dem Dnister. Drei Flüsse mit unergündlichen Konsonanten.“

Dimitris ist Ire, ein ehemaliger IRA-Kämpfer. Sein Vater, ein IRA-Held. Seine Mutter, geboren in Suchumi am anderen Ende Europas, ist schon so lange tot, dass er sich kaum an sie erinnern kann. Als sein Vater stirbt und die Brigade Gerechtigkeit für seinen verbannten Bruder

verlangt, weiß Dimitris, was er zu tun hat. Die nachfolgende Reise führt ihn in die Finsternis, von einem Krieg, der nicht aufhören will, zu einem, der in den Bergen hinter dem Schwarzen Meer schwelt, fast ohne dass jemand davon Notiz nimmt.

Dov Lynch ist ein irischer Diplomat und Essayist.

Anacharsis, 2015, 141 ff.
(Französisch)

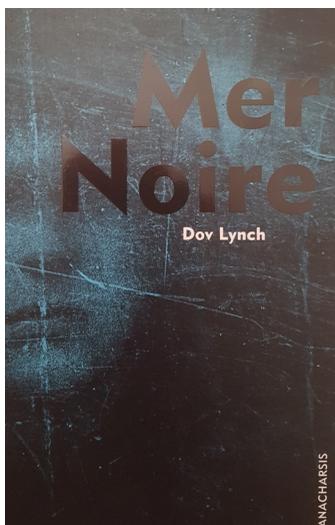


Foto: AHDR

Verleihung des Max-van-der-Stoel- Preises

Alle zwei Jahre verleihen der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und die Regierung der Niederlande den Max-van-der-Stoel-Preis. Mit diesem Preis wird jeweils im Abstand von zwei Jahren eine Person, Gruppe oder Institution für ihre außerordentlichen und herausragenden Leistungen zur Verbesserung der Lage nationaler Minderheiten in den OSZE-Teilnehmerstaaten ausgezeichnet.

2016 geht der Preis an die Vereinigung für Historischen Dialog und Forschung (AHDR), eine zyprische Nichtregierungsorganisation, für ihre Verdienste um die Schaffung einer mehrsprachigen und multikonfessionellen Gesellschaft, die Vielfalt achtet und gegenseitigen Respekt und das Verständnis füreinander fördert. Die AHDR wurde 2003 von einer Gruppe von Geschichtslehrern und Forschern gegründet, die sich für ein besseres Verständnis für Geschichte und für kritisches Denken in der Bevölkerung und insbesondere bei Schülern, Lehrern und in der Zivilgesellschaft einsetzen.

Die feierliche Verleihung wird am 24. Oktober in Den Haag stattfinden.

Näheres dazu findet sich unter:
www.osce.org/hcnm/mvdsaward

Riace, Italien

Zwei unversehrte Bronzestatuen aus dem 5. Jh. v. Chr. wurden 1972 vor der Küste dieser kalabrischen Kleinstadt gefunden. Zwei Jahrtausende lang ruhten die Krieger von Riace, wie sie inzwischen genannt werden, auf dem Meeresboden und entgingen damit dem Schicksal, eingeschmolzen und zu Waffen verarbeitet zu werden, was mit den meisten antiken Bronzen an Land geschah.

Die alte Stadt Riace hoch oben auf den kaktusbewachsenen Hügeln ist seit dem Beginn unseres Jahrtausends Schauplatz eines Experiments der Willkommenskultur für Menschen, die vor Konflikten über das Meer fliehen. Seit Bürgermeister Domenico Lucano das Projekt 1998 ins Leben rief, haben sich rund 450 Migranten aus über 20 Ländern hier in Riace angesiedelt.



Foto: AVD

Aktuelle OSZE-Publikationen

Protecting Electricity Networks from Natural Hazards. Herausgeber: OSZE-Sekretariat (Englisch)

Handbook on Combating Corruption. Herausgeber: OSZE-Sekretariat in Zusammenarbeit mit dem UNODC, der OECD and GRECO sowie anderen Partnern (Englisch)

Handbook on the Follow-up of Electoral Recommendations. Herausgeber: Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch)

Conflict Sensitive Journalism – Best Practices and Recommendations. Herausgeber: OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine (Englisch, Russisch, Ukrainisch)

Co-ordination & Co-operation between International Actors in support of the Host Country. Herausgeber: OSZE-Sekretariat (Englisch)

Secretary General's Annual Evaluation Report on the Implementation of the 2004 OSCE Action Plan for the Promotion of Gender Equality- 2015. Herausgeber: OSZE-Sekretariat (Englisch)

Annual Report of the Secretary General on Police-Related Activities in 2015. Herausgeber: OSZE-Sekretariat (Englisch)

OSCE/ODIHR Annual Report 2015. Herausgeber: OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine (Englisch)

